

Osteuropäische Zukunft

Zeitschrift für Deutschlands Aufgaben im Osten und Südosten

Amtliches Organ des Donau-, Balkan- und Schwarzmeerländerverbandes „Duboid“ Berlin und München, des Wirtschaftsausschusses „Ukraine“ Berlin, der „Deutsch-Finnländischen Vereinigung“ Berlin, der „Deutsch-Georgischen Gesellschaft“ Berlin und des „Deutsch-Nordischen Verbandes“ E. V. Berlin; Veröffentlichungsstelle für die verbündeten osteuropäischen und morgenländischen Vereine Berlin.

Herausgeber: Dr. Galt Schupp-Berlin

Verlag: Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2 — Alleinige Anzeigenannahme: Russischer Kompaß, Berlin W. 50, Bamberger Straße 9. Fernsprecher: Amt Kurfürst 6449. Preis für 1 mm Höhe der 5 cm breiten Spalte 25 Pfg., auf der ersten Umschlagseite 50 Pfg., auf der zweiten, dritten und vierten Umschlagseite 35 Pfg.

1. Sept.-Heft 1918

Die Zeitschrift erscheint monatlich zweimal. • Bezugspreis: Halbjährlich für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn M. 8.—, für das Ausland M. 9.—; einzelne Hefte 60 Pfg. • Beiträge und Besprechungsstücke wolle man senden: An die Schriftleitung der Osteuropäischen Zukunft, Berlin W. 50, Würzburgerstraße 2; Zusendungen für den Bezug sind zu richten an den Verlag Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2.

3. Jahrgang Nr. 17

Inhalt: Kranz, Grenzfragen. • Arldt, Die ethnographischen Beziehungen und Ursprünge in Bessarabien. • v. Kittel, Der finnländische Holzgeport. • Sautier, Abrüstungsfragen. •

Dohrmann, Der russische Kronprätendent Großfürst Dmitri Pawlowitsch. • Mitteilungen auf der 1., 2., 3. und 4. Umschlagseite; Vereinsnachrichten und Bücherbesprechungen auf der 4. Umschlagseite.

Mitteilungen.

Aus dem Leben der Baltien. Der Dampferverkehr deutscher Ostseehäfen mit dem Baltienlande ist aufgenommen worden. Die Segnungen einer deutschen Befreiung des Landes haben diesem in der Folge auch Ruhe und Ordnung gebracht, und langsam, aber stetig haben Handel und Wandel nach Zeiten schwerer Störungen und Stockungen wieder zugenommen. Dementsprechend ist man dazu geschritten, eine ständige Dampferverbindung zwischen den deutschen Hafenstädten Stettin, Danzig und Memel einerseits, nach Libau, Arensburg, Riga und Reval andererseits aufzunehmen. Libau ist seinerzeit dank seines eisfreien Hafens und der Libau-Romneyer Bahn, die die Stadt mit einem unermeßlich reichen und großen Hinterlande verbindet, geradezu über Nacht und mit amerikanischer Schnelligkeit zu einer großen Handelsstadt geworden, deren Wohlstand noch heute besteht und deren weltgeschäftliche Verbindungen bis zum Ausbruch des Krieges sehr bedeutend waren. Arensburg zählt nur 5000 Einwohner; es ist die Hauptstadt der Insel Oesel und als solche bedeutend im lokalpolitischen Sinne für die Bewohner der Insel. Als Hafenplatz kommt das insulare Arensburg jedoch für den Dampferverkehr mit dem Baltienlande nur als Zwischenstation in Betracht. In diesem Sinne repräsentiert sein gut angelegter Hafen mit zwei Leuchttürmen einen ansehnlichen Wert, kann sich jedoch, ohne Hinterland und ohne handelspolitische Bedeutung, weder mit Libau noch mit Reval und mit Riga messen. Riga ist die Metropole des baltischen Landes und Lebens, der größte Hafen des Baltikums, einer der wesentlichsten Hafenplätze des ehemaligen russischen Reiches. Für den deutsch-baltischen Dampferverkehr ergibt sich Rigas Bedeutung daraus von selbst. Nach aller Schädigung des Weltkrieges muß und wird diese große Industrie- und Handelsstadt in enger Verbindung mit dem deutschen Mutterlande ihr altes wirtschaftliches und politisches Ansehen sehr bald wiedererlangen. Reval ist die größte Stadt Estlands, ein landschaftlich Helsingfors gegenüber an der Südküste des finnländischen Meerbusens wunderschön gelegener Ort von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Sämtliche baltischen Häfen — außer den schon genannten wären noch Windau, Pernau und Baltisch-Port zu nennen — hatten schon zu russischen Zeiten eine große Bedeutung als Ein- und Ausfahrhäfen und Sitze ausländischer Konsulate. Ein gewaltiger Anteil des gesamten russischen Warenaustausches wurde einst über diese Plätze geleitet. Ihren eigentlichen Aufschwung nahmen sie, als sie durch Eisenbahnen mit dem weiten, reichen russischen Hinterlande verbunden wurden: 1861 wurde die Bahn

Riga—Orel eröffnet, 1870 die Bahn Baltisch-Port—Reval—Petersburg, wodurch der Anschluß an Zentralrußland gegeben war; 1871 erhielt Libau eine direkte Bahnverbindung nach dem wirtschaftlichen Herzen Rußlands, nach Süd- und Mittelrußland. Aus all dem Gesagten ergibt sich mit einem Hinblick auf die weltpolitischen Wandlungen der östlichen Verhältnisse im Sinne deutscher Macht- und Interessenausdehnung nach Osten die große Bedeutung der baltischen Häfen für das deutsche Mutterland. Diese Hafenplätze werden im gesamten deutschen Osthandel als Stapel- und Umschlagsstationen zu dienen haben. Daraus ergibt sich, wie wesentlich schon heute die Aufnahme des Dampferverkehrs und für die Zukunft der weitere Ausbau des Eisenbahnnetzes ist.

Parallelen sind immer lehrreich. Der Vergleich ist ein eindrucksvolles Maß für die Einschätzung der Bedeutung dieses oder jenes Wertes. Das gilt auch von dem Vergleiche zwischen Ländern und Staaten, und wir möchten in diesem Sinne zur Charakteristik des Baltikums ein paar vergleichende Zahlen anführen, die imponieren und in der Tat zugunsten der baltischen Provinzen ausfallen. Uns liegen Daten im Bezug auf jene baltischen Landstriche vor, die von Letten bevölkert werden, das heißt, in Bezug auf Kurland und die südliche Hälfte Livlands, die wir in ihrer Gesamtheit mit Lettland bezeichnen wollen. Dieses Gebiet ist räumlich gerechnet 63 076,9 qkm groß. Demgegenüber betrug der Flächenraum der kleinen Staaten Europas im Jahre 1913: Monaco 1,5 qkm, St. Marino 61, Liechtenstein 159, Andorra 452, Luxemburg 2586, Montenegro 9080, Belgien 29 455, Holland 34 186, Dänemark 38 969, Griechenland 64 657, Portugal 92 575, Bulgarien 95 345 qkm usw. Lettland ist also in der Reihe von 25 Staaten Europas flächenräumlich größer als elf kleinere Länder unseres Kontinents. Von den deutschen Bundesstaaten sind — auch das zur Illustration der Größe des Baltikums — nur Preußen und Bayern größer als Lettland, das heißt, die südliche Hälfte des Baltienlandes. Auch die Bevölkerungsstatistik ist in Bezug auf das Baltikum in der Parallele mit Europa interessant. Lettland wird von 2 552 000 Menschen bevölkert. Dementsprechend hatte im Jahre 1913 Andorra 5231 Einwohner, Liechtenstein 9969, St. Marino 10 653, Monaco 19 121, Montenegro 250 000, Luxemburg 259 891, Griechenland 2 631 900, Dänemark 2 750 000 usw. Die Zunahme der Einwohnerzahl war in Lettland vor dem Kriege normal. Sie hat sich in diesem Gebiet vor dem Kriege während der letzten 50 Jahre durchschnittlich um 1,03 Proz. jährlich vermehrt, in Deutschland im selben Zeitraum um 1,12 Proz.

in England um 1,04 Proz. n. w. Im Jahre 1913 konnten in Lettland um 7,8 Proz. mehr Geburten als Sterbefälle verzeichnet werden, in Deutschland in dieser Hinsicht 11,5 Proz., in Oesterreich 9,5 Proz., um nicht noch weitere Daten anzuführen. Was die Einwohnerzahl pro Quadratkilometer betrifft, so entfallen in Lettland 40, in Schweden 12, in Finnland 9, in Estland 46, in Ostpreußen 56, in Westpreußen 67, in Polen 81 darauf. Bezüglich des Bildungsstandes kann, wie das Rigasche lettische Blatt „Baltijas Sinas“ feststellt, folgender Daten Erwähnung getan werden. Fast alle erwachsenen Letten, von den Deutsch-Balten ganz abgesehen, können — als erwachsen sind hier Personen über 10 Jahre alt gerechnet — lesen und schreiben. Im Jahre 1910 gab es 98 Mittelschulen mit 20 000 Schülern, dagegen aber in Bulgarien nur 25, in Serbien 19, in Portugal 47, in Rumänien 75 und in Griechenland 40 Mittelschulen. Das ist immerhin beachtenswert. Im Durchschnitt gab es in Lettland eine Mittelschule auf je 26 000 Einwohner. Diesem Verhältnis entspricht in der Schweiz eine Mittelschule auf 27 000 Einwohner, in Frankreich auf 44 000, in Schweden auf 46 000, in Deutschland auf 54 000, in Rußland gar auf 100 000 Einwohner. Nicht ohne Interesse ist es auch, daß es im Jahre 1913 in Lettland 2220 lettische Studenten gab, dagegen in Schweden nur 1200, in Norwegen 1400, in Dänemark 1460 und in Bulgarien 800. Was die Beschäftigung und Arbeit der Bevölkerung in dem agrarischen Lande betrifft, so beschäftigten sich 47 Proz. der Einwohner mit der Landwirtschaft, 18 mit Handel und Transport, 8 waren Handelsangestellte, 17 in der Industrie beschäftigt und 2 Proz. waren Beamte. Im Jahre 1910 gab es in Lettland in 577 Fabriken 95 500 Arbeiter, die Waren im Werte von 199 Millionen Rubeln erzeugten. Die angeführten Zahlen und Daten sprechen es deutlich aus, welche eine Perle Rußland mit dem Südtel des Baltischen Landes verloren hat. Freilich ist Rußland nie fähig und bestrebt gewesen, dieses Gebiet und seine Bedeutung richtig einzuschätzen und zu fördern. Es ist daher wohl für beide Teile gut, daß nun unwiderruflich die Trennung erfolgt ist.

Hanns Dohrmann.

Bulgarien und das Meer.

In dem Vorfriedensvertrag mit der Türkei von St. Stefano vom 3. März 1878 hatte Rußland die Umrisse des kommenden Großbulgariens angegeben. Bulgarien sollte mit Ausnahme der albanischen Bezirke ganz Mazedonien erhalten, insbesondere auch die Häfen Saloniki, Orfano und Kavalla am Ägäischen Meer. England erhob dagegen Widerspruch. Dasselbe England, das bei Beginn des Weltkrieges Hand in Hand mit Rußland die Türkei zerstückeln wollte, war damals bestrebt, die Unversehrtheit des türkischen Reiches in Festsprechung gegen Rußland möglichst zu wahren. Auf dem Berliner Kongreß setzte England einen Verständigungsfrieden durch, der in Gestalt eines verstümmelten Bulgariens durch Vereinigung von Ostrumelien und Mazedonien ein unhaltbares Stückwerk schuf. Aber in London liebt man unklare Verhältnisse und glaubte, als Gegenstück zu dem europäischen ein neues Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel hergestellt zu haben, immer mit England als Säuglein an der Waage.

Was nicht ausbleiben konnte, kam. Ostrumelien vereinigte sich 1885 mit Bulgarien. Dann blieb äußerlich der Friede erhalten, bis nach Verschärfung der Gegensätze zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland die Orientkrisis von 1908/09 ausbrach. Die Balkankriege von 1911 und 1912 führten zu keiner endgültigen Lösung der staatlichen Grenzfragen, und auch nach diesem großen Kriege ist sie nicht zu erwarten. Immerhin wird in Gestalt Großbulgariens eine feste Grundlage für künftige Entwicklungen und eine Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens unter den Balkanländern geschaffen werden. Nach Angliederung Mazedoniens und der Dobrudscha erscheint Bulgarien vergleichsweise als stärkerer Staat, da Rumänien geschwächt, Serbiens Zukunft dunkel ist, Griechenlands Unabhängigkeit aber von der Seeseite her leicht bedroht werden kann.

Bulgariens Seestellung wurde durch den zweiten Balkanrieg von Griechenland her bedenklich eingegrenzt. Vor dem Eintritt in den Weltkrieg war Bulgariens Ausgang zum Ägäischen Meer noch schmaler als derjenige Oesterreich-Ungarns an der Adria. Bulgarien wie Oesterreich-Ungarn werden überdies von Nachbarn überflügelt, die viele und gute Häfen besitzen, Bulgarien besonders von Griechenland, Oesterreich-Ungarn von Italien. Wie Oesterreich-Ungarn nur durch die Adria, so kann Bulgarien nur durch das Ägäische Meer mit dem Mittelmeer und dem Weltverkehr in unmittelbare Verbindung treten. Denn das Schwarze Meer, wo Bulgarien ebenfalls Häfen besitzt, ist ein Sackmeer und sein Verkehr abhängig von der Durchfahrt durch die Engen der Dardanellen und des Bosphorus. Ueberdies liegen Bulgariens fruchtbarste Gebiete im Süden. Nach dem Ägäischen Meer wird sich in Zukunft sein Hauptverkehr entwickeln.

Unter solchen Umständen ist es begreiflich, wenn man in Sofia danach strebt, Bulgariens Seestellung am Ägäischen Meer möglichst auszugestalten und zu erweitern. Ob man dabei auf die Abgrenzung des vorläufigen Friedens von St. Stefano zurückgeht, mag dahingestellt bleiben.

Auf den Zwist zwischen Bulgarien und der Türkei in Betreff des Maritimes soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Gegenüber den großen Interessen, die inmitten dieses Krieges für Bulgarien und die Türkei auf dem Spiele stehen, erscheint jener Zwist verhältnismäßig untergeordnet und wird bei beiderseitigen guten Willen beigelegt sein. Deutscherseits kann man nur wünschen, daß eine befriedigende Verständ-

igung darüber bald erfolgt. Bulgarien und die Türkei sind darauf angewiesen, in aufrichtiger Freundschaft zusammenzustehen, weil sie dadurch ihrer Stellung gegenüber den gemeinsamen Feinden einen festen und unbezwinglichen Rückhalt verleihen. Paul Dehn.

Großrußland. Die Murmanküste steht begreiflicherweise noch immer im Vordergrund des politischen Interesses. Zu dem Bilde, das wir von diesem Gebiet in unseren Blättern bereits gegeben haben, wird daher noch einiges nachzutragen sein. Infolge des warmen Golfstromes zeichnet sich die Murmanküste durch ein ganz ungewöhnlich mildes Klima aus und es herrscht im Winter dieselbe Temperatur wie in Petersburg, durchschnittlich 5—6 Grad Kälte, wobei nur selten auch 15 Grad verzeichnet wurden; eine solche Kälte dauert dann aber nur wenige Tage an. Als weitere Kennzeichnung der milden Wintertemperatur dieser nördlichen Küste gelte die Angabe, daß der Januar hier ebenso warm ist, wie in der südrussischen Stadt Astrachan am Kaspischen Meer. Dafür ist der Sommer kühl, ja kalt. Die Durchschnittstemperatur beträgt im Juli, der wärmsten Jahreszeit, nicht mehr als 8 Grad Wärme. Das alles gilt freilich nur vom Küstenstrich, dem unmittelbar die Wärme des Golfstromes zugute kommt; das Klima im Festland ist bedeutend rauher. Von den Häfen an der Murmanküste sind zu allen Jahreszeiten einige eisfrei, so Katharinenhafen, welcher der größte ist. Der für Finnland in Aussicht genommene Hafen von Petschenega ist, was die Eisverhältnisse betrifft, nicht so günstig gestellt, wie Katharinenhafen. Der Ackerbau im Murmangebiet hat des rauhen Klimas und des unfruchtbaren Bodens wegen selbstverständlich nur sehr geringe Aussichten, auch in Zukunft, unter günstigeren kulturellen Verhältnissen, zu größerer Entwicklung zu gedeihen. Besser als die Acker sind aber die saftigen Wiesen, die für eine aufblühende Viehzucht und Molkereiwirtschaft wie geschaffen sind. Freilich haben auch in dieser Hinsicht Kolonisationsversuche bis heute ziemlich schlechte Resultate ergeben. Wie schon oft erwähnt, repräsentieren die Wälder hier einen unermeßlichen Reichtum. Nadelgehölz und im östlichen Teil des Murman Birkenwälder herrschen vor. Von einer rationalen Waldwirtschaft konnte bisher nicht die Rede sein; die Murmanwälder befinden sich heute tatsächlich noch im Zustande seltsamen arktischen Urwaldwachstums. Reich ist das die Küste umspülende nördliche Meer an Fischen. Der Fischfang ist sehr lohnend im Eismeer überhaupt und an der Murmanküste insbesondere. Vor dem Kriege kam jährlich im Durchschnitt, meist aus Archangelsk, 4—5000 Fische in diese Gegend. Die unentwickelten Verkehrsverhältnisse haben aber bisher lähmend auf den Fischfang eingewirkt; wie wichtig auch deshalb ein neues ausgebautes Eisenbahnetz für dieses nördlichste europäische Gebiet ist, erzieht man aus der Tatsache, daß schon die neue Murmanbahn den Fischfang wesentlich gefördert hat. Hering, Lachs und Flunder sind die am meisten im Nordmeer vorkommenden Fischarten, auch wäre ein Fisch zu nennen, der zu den Dorschen gerechnet werden kann und den die Russen mit dem Namen „Nawaga“ bezeichnen. Wie groß der Heringsfang an der Murmanküste ist, beweist, daß nach russischen Berechnungen dieser den gesamten Bedarf des russischen Marktes an Heringsdecken könnte. Sehr lohnend ist bisher auch die Jagd auf Haifische, Walrosse und Robben gewesen; allein im Jahre 1913 sind von russischen Fischern 50 000 Robben gefangen worden. Auf seine Metallschätze ist das Murmangebiet bisher sehr mangelhaft untersucht worden. Trotzdem steht fest, daß sich hier große Eisenerzlager befinden, die bisher wenig oder gar nicht ausgebeutet worden sind. Man muß annehmen, daß sich nun die Engländer eifrig an die Ausbeute machen werden, wenn sie nicht bald vertrieben werden, was zu hoffen ist. Die anderen Metalle, die in dem arktischen Lande vorkommen sollen, treten doch wohl nur sporadisch auf, und wenn von ihnen in der finnländischen Presse die Rede ist, so möchten wir fast annehmen, daß es sich dabei zum wesentlichsten Teile um eine an und für sich verständliche Reklame der Finnländer für das ihnen benachbarte und das von ihnen begehrte Gebiet handelt. Auf der Kola-Halbinsel sind ein paar Bleiwerke angelegt worden. Ferner hat man am Kowdasee Gold gefunden und will Kupfer entdeckt haben. Zinkfunde sind tatsächlich gemacht worden, und auf die Spuren von Silber stießen gelegentlich Forscher hier und da im Lande. Ein einwandfreier und sehr bedeutender Reichtum des Landes aber sind seine Betriebskräfte in den zahlreichen Wasserfällen. Diese sind bisher natürlich noch gar nicht ausgenützt worden. Landschaftlich ist das Gebiet von höchst eigenartiger, reizvoller Schönheit, und Touristen aus aller Welt wird es vorbehalten bleiben, es nun nach allen Richtungen hin stammend zu entdecken. Jura Trubow.

Eine österreichische Handelsgesellschaft von ehemals.

Das landwirtschaftliche Uebergewicht Ungarns über Oesterreich. Es wurde anfangs des 17. Jahrhunderts noch vermehrt durch die Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges in Deutschland und Oesterreich: nicht nur die österreichische Landwirtschaft wurde an den Rand des Abgrundes gebracht, auch die erblandischen Finanzen gerieten in solche Verwirrung, daß die Rückkehr zu geregelter Valuta-Verhältnissen im Jahre 1623 nur durch ein Opfer von 85 Proz. des umlaufenden Kapitals erzielt werden konnte.

Weil die österreichische Viehzucht den Bedürfnissen der Stadt Wien und des kaiserlichen Hofes nicht gerecht werden konnte, wurde die Viehzucht der anrainenden türkischen Provinz Ungarn in die angenehme

Osteuropäische Zukunft

Zeitschrift für Deutschlands Aufgaben im Osten und Südosten

Amtliches Organ des Donau-, Balkan- und Schwarzmeerlanderverbandes „Dubvid“ Berlin und München, des Wirtschaftsausschusses „Ukraine“ Berlin, der „Deutsch-Sinnländischen Vereinigung“ Berlin, der „Deutsch-Georgischen Gesellschaft“ Berlin und des „Deutsch-Nordischen Verbandes“ E. V. Berlin; Veröffentlichungsstelle für die verbündeten osteuropäischen und morgenländischen Vereine Berlin.

Herausgeber: Dr. Falk Schupp-Berlin.

Verlag: Georg D. W. Callwey, München, Finkenstr. 2. — Alleinige Anzeigenannahme: Russischer Kompaß, Berlin W. 50, Bamberger Straße 9. Fernsprecher: Amt Kurfürst 6449. Preis für 1 mm Höhe der 5 cm breiten Spalte 25 Pfg., auf der ersten Umschlagseite 50 Pfg., auf der zweiten, dritten und vierten Umschlagseite 35 Pfg.

1. Sept.-Heft 1918

Die Zeitschrift erscheint monatlich 2 mal. .: Bezugspreis: Halbjährlich für das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn M. 8.—, für das Ausland M. 9.—; einzelne Hefte 60 Pfg. .: Beiträge und Besprechungsstücke wolle man senden: An die Schriftleitung der Osteuropäischen Zukunft, Berlin W. 50, Würzburgerstr. 2; Zusendungen für den Bezug sind zu richten an den Verlag Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2.

3. Jahrgang Nr. 17

Grenzfragen.

Von Prof. Kranz, Steglitz.

Polnischen Blättern zufolge hat der polnische Ministerpräsident von Steczkowski Anfang Mai in Berlin und Wien außer anderen Mindestforderungen der polnischen Regierung drei die Grenzen Neu-polens betreffende angemeldet; wie er Warschauer Pressevertretern gegen Ende Mai erklärte, war ihm seitens der Okkupationsmächte eröffnet worden, daß sie in nächster Zeit an die Regelung der polnischen Frage herantreten würden. Was bisher aus triftigen Gründen unterlassen worden ist und besser bis nach Schluß des Weltkrieges verschoben bleibe.

Jene drei Mindestforderungen sind:

1. Grenzregulierung gegen die Ukraine, die strategischen Notwendigkeiten entspricht.
2. Integrität des bisherigen Gebiets von Kongresspolen.
3. Territorialer Ausgleich in ethnographisch-polnischen Gebieten östlich der Linie Narew-Bobr-Njemen für den Verlust der litauischen Kreise Wladyslawow, Kalwarva, Wielkowszki und Maryampol.

Diese Mindestforderungen klingen, wenn man sie mit den so oft erhobenen polnischen, namentlich allpolnischen Politiker vergleicht, außerordentlich bescheiden. Letztere erheben, wie bekannt, bald auf Grund des Nationalitätsprinzips Anspruch auf alles Land, so weit die polnische Junge klingt, bald auf Grund des Eroberungsrechts, des einstmaligen, wenn auch nur vorübergehenden Besitzes, auf das „Polen in seiner weitesten Ausdehnung“, des Polens „vom Meer zum Meer“, bald auf Grund ihrer Pflicht, die „kulturlosen Völkerstämme des Westgebiets zu erziehen,“ auf Westrußland bis zur Linie Pleskau (Pskow)—Pripetmündung, von der östlich der Moskwa haust. Des Beispiels halber sei hier an die Krakauer Beschlüsse der galizischen Polen erinnert: austro-polnische Lösung, Vereinigung des unantastbaren Kongresspolens mit dem ungeteilten Galizien, Gleichberechtigung der Polen im preussischen Anteil, Sicherstellung

der polnischen Interessen in der Ukraine und Litauen, deutlicher ausgedrückt, für den Fall der Nichtzuteilung Litauens, Entschädigung durch weißrussisches Gebiet als einen „Korridor nach Rußland“.

Der — beamtete — Realpolitiker Steczkowski, der ungefähr weiß, was er den Okkupationsmächten an Forderungen bieten darf, und der sich nur Erreichbares zum Ziele setzen kann, will er nicht seinem Volke schweren Schaden zufügen, fordert weniger als jene Unverantwortlichen und fordert es in möglichst unbestimmten Ausdrücken: sieht man scharf zu, so sind seine Mindestforderungen nicht so bescheiden, wie sie dem ungeübten Blick erscheinen; es läßt sich gegen sie manches, dem Fernerstehenden auch wohl Neues sagen.

Die Forderung: Integrität des bisherigen Gebiets von Kongresspolen steht in schneidendem Gegensatz zu zwei Tatsachen, die die Centralmächte bereits vollzogen haben, und zu einer, die nach amtlichen Äußerungen in Sicht ist.

Das Gouvernement Suwalki (228 Quadratmeilen), das trennend und verbindend zwischen Ostpreußen, der Verwaltung Litauen und der Verwaltung Grodno-Bialystok liegt, ist nach der definitiven Vertreibung der Russen sofort von Kongresspolen losgelöst und einer besonderen Verwaltung unterstellt worden. Mit Recht! Wie auch Herr von Steczkowski wissen wird, ist es geographisch, historisch und ethnographisch litauisches Land, das niemals zu Kronpolen gehört hat, sondern bis 1795 ein integrierender Bestandteil des Großfürstentums Litauen gewesen ist, das von 1795 bis 1807 preussische Provinz (Neuostpreußen) war, erst 1807 von Napoleon mit dem Herzogtum Warschau und 1815, gelegentlich des Wiener Kongresses, auf ein Jahrhundert mit den neun überwiegend polnischen Weichselgouvernements vereinigt wurde, letzteren aber stets fremd und feindlich gegenübergestanden hat und mit der Loslösung für immer durchaus einverstanden ist. Indem Herr von Steczkowski inkonsequent ist, gibt er seine

Mindestforderung der Unantastbarkeit Kongresspolens preis, verzichtet auf die oben genannten vier Kreise des Gouvernements Suwalki und beansprucht nur drei für das neue Königreich. Dabei gestattet er sich eine nicht unerhebliche Ungenauigkeit: Wie die folgende, einer Herrn Steczkowski bekannten polnischen Quelle, der 1915 in Krakau herausgekommenen Statystyka Polski, entlehnte Uebersicht zeigt, sind von den sieben Kreisen fünf ganz überwiegend litauisch und nur zwei polnisch zu nennen (Suwalki und Augustow). 1915 setzte sich, der genannten Statistik zufolge, die Zivilbevölkerung des Gouvernements Suwalki (in Tausenden) wie folgt zusammen:

Kreis	qkm	Einw.	Polen	Litauer	Russen	Deutsche	Juden
Suwalki	1498	102	21	8	5	6	12
Augustow	1969	91	51	—	29	0	11
Kalwarya	1307	88	9	67	0	3	9
Maryampol	2124	119	3	94	0	6	16
Sejny	2292	89	20	53	4	1	11
Wilkowyszki	1257	82	3	56	2	13	8
Wladyslawow	1715	81	0	67	0	7	7
	12 162	652	157	345	40	36	74

Von 652 000 Einwohnern des Gouvernements Suwalki waren 1915 nur 157 000 „Polen“ (= 24 %) und mehr als noch einmal so viel Litauer, außerdem noch 150 000 von nicht polnischer, den Polen abgeneigter Abstammung; nur in zwei mit dem polnischen Gouvernement Lomtscha eng grenzenden Kreisen waren die Polen 1915 — neben starken andersstämmigen Minoritäten — in der Mehrheit. Aber auch hier sind sie, wie wir heute wissen, nur zum Teil Originalpolen. Wie in ganz Litauen und Weißrußland sind auch hier Tausende — namentlich Adlige und in die Städte vom Lande gezogene Bauern — aus Litauern „Polen“ geworden, was lange als vornehm galt; heute sind diese, besonders seit der Bischof von Sejny und die große Mehrzahl der Pfarrgeistlichen Litauer sind, in der Rückkehr zu ihrem Volkstum begriffen; eine — nicht von Polen vorgenommene — Zählung wird deshalb nach dem Kriege ergeben, wie schwach selbst hier die Zahl der waschechten Polen ist. Daß es solche in dem Südstrich gibt, ist freilich Tatsache; dort wohnen — sicher weniger als 100 000 — Masuren, die die Nachkommen Ende des 15. Jahrhunderts an Stelle ausgerotteter Jotwinger angesiedelter Grenzwächter sind.

Der polnische Ministerpräsident forderte Anfang Mai auch eine „strategischen Notwendigkeiten entsprechende Grenzregulierung gegen die Ukraine“; verstehe ich ihn recht, so forderte er damit, daß Geschehenes ungeschehen gemacht und das Cholmerland, das bis 1912 zu Kongresspolen gehört hatte, diesem zurückgegeben würde. Wie erinnerlich, hat Graf Czernin, der durchaus seinen „Brotfrieden“ nach Wien mitbringen wollte, seinerzeit in litauisch-Brest durchgesetzt, daß die Forderung der Ukrainer, für diese — Ehrensache, bewilligt wurde. Wenn Herr Steczkowski trotzdem — nach dem fait accompli — die polnische Forderung mit strategischen Notwendigkeiten begründet, so kann er nicht gut an etwas anderes denken als daran, daß der polnische Bug einer ukrainischen Invasion ein nicht leicht zu überwindendes Hindernis in den Weg setzen würde. Ein Argument, das vor hundert Jahren gegolten haben mag, heute bei Strategen vom Fach wohl nur ein spöttisches Lächeln auslöst. Kongresspolen und die Ukraine sind eben nirgends durch natürliche Grenzen voneinander getrennt. Führt Herr von Steczkowski gleichwohl „strategische Notwendigkeiten“ für sein Postulat an, so tut er dies, weil er Gründe von größerer Durchschlagskraft (Nationalitätsprinzip und Eroberungsrecht) nicht anzusprechen wagt, und weil er sich sagt, daß jene auf Heimstrategen, die ja in Deutschland ungestraft die große Lippe riskieren dürfen, einen umso mächtigeren Eindruck machen werden, je weniger sie einer sachlichen Würdigung fähig sind. Uebrigens ist zuzugeben, daß die Gouvernements

Lublin und Siedlec „überwiegend von Polen bewohnt werden“ (Seyda); aus ihnen hat sich aber doch mit Leichtigkeit das — mit Wolhynien zusammenhängende, überwiegend von Ukrainern bewohnte — Gebiet Cholm herauslösen lassen; mit der Trennung von Kongresspolen sind dessen Bewohner, die als Unlaten den Polen kirchlich nahe stehen, sich gegen die Polonisierungsbestrebungen aber stets ebenso energisch wie gegen die Großrussen gewehrt haben, durchaus einverstanden; sie wissen, was sie als Untertanen eines unabhängigen Neupolen auszustehen haben würden; es wird ihnen Spaß gemacht haben, aus dem Munde des deutschen Reichstagsabgeordneten Seyda zu erfahren, daß „von einem ukrainischen Volksbewußtsein im Cholmer Gebiet vor dem Kriege nichts vorhanden war.“ Daß dort „erst seit dem April 1917 unter offener Förderung militärischer Stellen eine lebhafte Werbetätigkeit entfaltet wurde, die die Bevölkerung bewegen wollte, sich ukrainisch zu fühlen“, und daß „der Erfolg bisher allerdings negativ (!) gewesen ist“.

Wenn Herr von Steczkowski und die Krakauer Beschlüsse so energisch auf Kongresspolens Unantastbarkeit bestehen, so tun sie dies nicht bloß um der Rückforderung von Suwalki und Cholm*) willen, sondern auch, weil noch eine Grenzregulierung nach der preussischen Seite erwogen wird; sie wissen, daß unsere Oberste Heeresleitung eine bessere militärische Grenze im Osten für unbedingt nötig erklärt und daß auch der Reichskanzler sich im Reichstage auf diese Forderung mit dem Hinzufügen festgelegt hat, wir würden von Polen nicht mehr Grenzland abtrennen, als aus militärischen Gründen unbedingt notwendig sei. Mitbestimmend zu diesem Entschlusse und zur Aenderung der ursprünglichen Absicht, Neupolen die ganzen neun Weichselgouvernements zu überlassen, war wohl die — nicht erwartete — Tatsache, daß die Kongresspolen, namentlich seit ihnen die staatliche Unabhängigkeit gewährt war, auf das sorgfältigste vermieden, ein Heer aufzustellen, um uns in diesem Kriege vor der Russengefahr schützen zu helfen, und das, obwohl die zweite Russeninvasion bis über die Grenzen Ungarns hinwegflutete, und obwohl, wie der Polonophile Naumann aus eigener Wahrnehmung bezeugt, „es in Polen noch sehr viele militärtüchtige Männer gibt“. „Wir haben“, sagt er, „in ganz Mitteleuropa kein anderes Gebiet, dessen menschliche Kräfte bisher im Kriege so geschont worden sind. Während wir in Deutschland den letzten Mann aus seiner Werkstatt holen, liegen hier zahlreiche gesunde Leute arbeitslos oder halbbeschäftigt herum. Das Material zu einem polnischen Heere ist da.“ Die Erbitterung hierüber und über so manches, was von den Polen des preussischen Anteils bis in die letzten Tage an Taktlosigkeit und an Unbegreifbarem geleistet worden ist, hat die den Polen ursprünglich in Deutschland günstige Stimmung umschlagen lassen und allerlei Vorschläge gezeitigt, die zwar nach der Erklärung des Reichskanzlers keine Beachtung finden werden, aber immerhin registriert zu werden verdienen. R. Benade z. B. geht so weit, zu beweisen, „daß ein Königreich Polen sich mit der Existenz Preußens und damit Deutschlands nie und nimmer verträgt“; nach ihm wäre etwa das Gebiet, das 1795 an Preußen fiel, also ein recht erhebliches Stück von Kongresspolen, mit Preußen zu vereinigen. Ein anderer, ungenannter Autor ist in seiner Forderung maßvoller. Weil er, wie nachgerade die meisten Reichsdeutschen, erkennt, daß, wenn wir unsere in Polen wohnenden Stammesgenossen dort lassen, diese in absehbarer Zeit polonisiert sein werden (die dortigen deutschbürtigen evangelischen Geistlichen sind fast durchgängig eifrige Polonisatoren, auch wird an der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Warschau das Pol-

*) Nach dem offiziellen „Aktainskie Slowo“ wäre der Hetman, wenn er einen Akazienbaum, geschweige denn das Land Cholm an Polen abträte, die längste Zeit Hetman gewesen; er habe ebensowenig, mit Hilfe der Deutschen, eine ukrainische Armee zur Verteidigung der Ukraine zu bilden.

nische Vortragssprache sein), so regt er an, die dortigen deutschen Bauern in Polen selbst gegen die polnischen eines 20 Kilometer breiten Grenzstreifens längs der Grenze der Provinzen Schlesien, Posen, West- und Ostpreußen (1 050 000 Hektar = 10 500 Quadratkilometer) auszutauschen; dieser den anschließenden preußischen Provinzen zuzulegende, rein deutsch-bäuerliche Grenzstreifen würde nicht nur den deutsch-bäuerlichen Bestandteil Kongresspolens vor der Polonisierung bewahren, sondern auch in jenen vier preußischen Provinzen namhaft zur Verstärkung des deutschen Volksteils beitragen.

Herr von Steczkowski verzichtet nur gegen reichlichen Ersatz im Gouvernement Grodno auf die litauischen Kreise von Suwalki, hält aber an den polnischen (mit etwa 3500 Quadratkilometern) fest, obwohl diese der gebotene Zugang von Ostpreußen nach dem genannten Gouvernement sind und schon deshalb an Neupolen nicht ausgeantwortet werden können. Er spricht von „territorialem Ausgleich in ethnographisch-polnischen Gebieten“ Westrußlands, denkt an die sechs litauisch-weißrussischen Gouvernements und vor allem an das Grodnoer östlich des schon oben genannten polnischen Zug. Was darf dort ethnographisch-polnisches Gebiet genannt werden? Nach der für Herrn von Steczkowski einwandfreien polnischen Quelle, der Statystyka Polski, gab es (in Tausenden) in den sechs in Frage kommenden Gouvernements (1913) Einwohner bezw. (1909) Polen:

Gouvernement	qkm	Einwohner	Polen	%
Kowno	40 260	1811	57,8	3,58
Wilna	41 981	1989,9	277,1	15,27
Grodno	38 647	1997,6	77,3	4,39
Minsk	91 323	2926,2	102,3	4,34
Witebsk	44 061	1875,1	60,1	3,48
Mohilew	48 034	2507,2	57,5	2,69
	304 356	12 915	632,2	5 %

Nur 5 % der Einwohner des litauisch-weißrussischen Gebiets bezeichnen sich bzw. werden bezeichnet als „Polen“*), von denen eben ein großer Bruchteil polonisierte Litauer und Weißruthenen, die jetzt zu ihrem Volkstum zurückkehren, und nur ein kleiner hier eingewanderte Polen von Geblüt sind. Letztere finden sich namentlich in Kreisen mit größeren Städten, so z. B. im Kreise Wilna (1909) fast 190 000, im Kreise Kowno fast 21 000 und im Kreise Bialystok 42 600. Wo größere Städte fehlen, gibt es in den Kreisen fast durchgängig nur wenig „Polen“, da diese im mittleren und Kleingrundbesitz nur schwach, stärker nur im Großgrundbesitz vertreten sind. Wie schwach auch dort, läßt sich nach polnischen Gewährsmännern feststellen. Nach Wasilewski wären „über 5 Millionen Dehjatinen“ (18 %) und wenn Feldmans Angaben richtig sind, 1915 weniger als ein Siebentel (14 %) des gesamten litauischen und weißrussischen Gebiets in polnischen Händen gewesen. Im Gouvernement Grodno, das, mit Kongresspolen grenzend, allein als Landersatz für das Gouvernement Suwalki in Betracht kommen kann (die polnischen Legionen annektierten freilich sogar in dem weit abgelegenen Minsk unentwegt darauflos), wurden 1909, nach der Statystyka Polski, bei einer Gesamteinwohner-

schaft von fast 2 Millionen nur 77 500 Polen (= 4,39 %) gezählt, nur in zwei (Grenz-) Kreisen von neun traten sie massenhafter (58 600) auf, in Bialystok und Bielsk, wo es tatsächlich, bei weitzerziger Rechnung, etwa 4000 Quadratkilometer gewachsene polnische Erde in engster Anlehnung an Kongresspolen gibt. Nur diese 4000 Quadratkilometer sind jene „ethnographisch-polnischen Gebiete“, von denen der polnische Ministerpräsident mit diplomatischer Andeutlichkeit spricht; der Rest (300 000 Quadratkilometer) ist, wie die „Berliner“ aus jeder guten Sprachentarte ersuchen können, litauisch-weißrussisches Sprach- und Volksgebiet.

Nach meiner, 1915 eingehend („Neupolen“; München, J. F. Lehmann) begründeten Ueberzeugung liegt die Wiederherstellung des ethnographischen Polen in hinreichend geräumigen Grenzen, in denen — nach Austauschsiedlung — die 16 Millionen Polen Europas geschlossen wohnen könnten, im Interesse des Deutschen Reiches und Volkes. Auf die Gebiete östlich davon haben die Polen, wie gezeigt worden, keinerlei Rechtsanspruch. In diesen, schwach und von kleinen Völkern bewohnten Gebieten haben wir Millionen von Deutschen, auch Rückwanderer, anzusiedeln; wir haben diese Völker, die alles andere als eine polnische Oberherrschaft ersehnen, zu erziehen und zu beschützen; aus wirtschaftlichen Gründen haben wir dauernd Einfluß auf Litauen und Weißrußland auszuüben, den Großschiffahrtskanal von der Ostsee zum Schwarzen Meer auf unsere Kosten zu bauen und dauernd zu kontrollieren, auch unmittelbar mit der Ukraine zu grenzen, können den Polen also den so heiß ersehnten „Korridor nach Großrußland“ nicht konzedieren. Es ist besser für sie, wenn sie davor bewahrt werden, in die Entwicklung der europäischen Staatenpolitik einzugreifen; in der Vergangenheit haben sie das stets zu ihrem Unglück getan.

Was auch aus dem russischen Chaos sich an neuen Staaten herausbilden mag, das Interesse der Zentralmächte fordert, daß die Ostslaven, wie die Bulgaren so auch die Großrussen, Ukrainer und Polen, innerhalb ihrer ethnographischen Grenzen in unabhängigen Staaten wohnen, sich in ihrer Eigenart entwickeln, an dem Kulturfortschritt Europas teilnehmen, mit ihrem Lose zufrieden und daß sie saturiert sind. Daß dies möglich ist, meine ich, ist nicht zu verkennen; auch scheint mir, daß „Berlin“ und „Wien“ in diesem Sinne tätig sind. Gelingt so die Lösung der Ostslavenfrage, dann verliert die westslawische Gefahr für uns und den Donandoppeltstaat an Furchtbarkeit. Dann haben die Ostslaven kein Interesse mehr an der „Gründung des selbständigen, demokratischen „tschecho-slowakischen Staates mit eigener Verwaltung im eigenen Hause und unter eigener Oberherrschaft“, noch auch an der „Gründung des großserbischen Südslawenstaates“, der Oesterreich und das Deutschtum von der Adria abzuschneiden, Oesterreich-Ungarn die Lösung seiner Aufgaben auf dem Balkan, an der Adria und im westlichen Mittelmeer unmöglich zu machen und das altehrwürdige Reich der Habsburger zu zertrümmern gedenkt. Die richtige und befriedigende Lösung der polnischen Frage würde sich nach dieser Richtung hin besonders förderlich erweisen. Möchte sie deshalb gelingen!

Die ethnographischen Beziehungen und Ursprünge in Bessarabien.

Von Prof. Dr. Th. Arldt, Radeberg.

Wie überall im Grenzgebiet zwischen Mittel- und Osteuropa, so sind auch zwischen den Ukrainern und den Rumänen gute Grenzlinien nur schwer ausschließlich auf Grund völkischer Beziehungen zu ziehen. Die Gebiete beider

*) Erwähnt sei, daß nach einer privaten polnischen Aufmachung es 10 % wären, weil „die Litauer und die römisch-katholischen Weißrussen zu Polen gravitieren“.

Völker greifen derart ineinander, daß eine reinliche Scheidung vollständig unmöglich ist. Zwei Länder sind so völkisch zwischen den Ukrainern und den Rumänen strittig, die Bukowina und Bessarabien. Während dies aber bei der ersteren als österreichischem Kronlande politisch von keiner Bedeutung ist, bildet das zwischen Prut und Dnjestr liegende Land einen Zankapfel zwischen den beiden Völkern und den sie umschließenden Staaten.

Nach dem Gesetze der Mehrheit würde Bessarabien entschieden an Rumänien anzuschließen sein, denn von den $2\frac{1}{5}$ Mill. Einwohnern, die das 46 000 qkm umfassende Land 1905 zählte, gehörte genau die Hälfte dem rumänischen Volke an, während sich die andere Hälfte auf nicht weniger als zehn Völker verteilte, auf die Ukrainer (20 Prozent), Großrussen (7 Proz.), Bulgaren (5 Proz.), Deutschen (3 Proz.), Türken (2 Proz.), Juden (12 Proz.) und auf die in geringerer Zahl vertretenen Griechen, Armenier, Zigeuner und Polen. Die Mehrheit der Rumänen ist aber auf alle Fälle keine so ausgesprochene, daß sie die Angliederung Bessarabiens an Rumänien gebieterisch fordere. Ist doch die rumänische Mehrheit in Siebenbürgen noch größer, ohne daß deshalb dessen Anschluß an Rumänien gedacht werden kann. Staaten lassen sich eben nicht nach rein völkischen Gesichtspunkten abgrenzen, sondern es kommen auch wirtschaftliche und allgemein-geographische Belange in Frage. Dazu kommt noch, daß selbst die heutige Mehrheit der Rumänen wenig gesichert erscheint, wird doch ihre Zahl bei früheren Zählungen auf 60 Proz. angegeben, ist also schon jetzt um etwa ein Viertel gesunken, während der Anteil der Russen sich um die Hälfte vergrößert hat (von 18 auf 27 Proz.).

Die Grenzfrage zwischen Ukrainern und Rumänen wird dadurch besonders verwickelt, daß sich die Wohnsitze der beiden Völker gegenseitig, wie auch mit denen der anderen Stämme aufs mannigfachste durchdringen, so daß auch keiner der acht Kreise des Landes völkisch einheitlich ist. In allen sitzen starke Minderheiten. Die Rumänen sind besonders stark in den vier nördlichen Kreisen von Mohilew bis südlich von Kischinew vertreten. Hier besitzen sie tatsächlich die Mehrheit gegenüber der Gesamtzahl der anderen Völker. In den südlichen Kreisen Bender und Ismail haben sie dagegen nur die Mehrheit gegenüber den einzelnen Völkern, nicht gegenüber ihrer Gesamtheit. In zwei Kreisen sind die Rumänen sogar in der Minderheit. In dem im äußersten Nordwestwinkel des Landes liegenden Chotin bilden sie nur ein Viertel der Bevölkerung, und nur die Hälfte dieses Anteils erreichen sie gar in Akkerman, im Südosten zwischen dem Dnjestr und dem Trajanswall gelegen.

Die Rumänen bewohnen also hauptsächlich das Gebiet des Prut, das Zwischenstromland von der Gegend von Mohilew bis in die Breite von Huschi und das Dnjestrgebiet von Jampol bis zur Mündung. Sie stehen den Bewohnern der Moldau nahe, mit denen sie auch der gleiche Dialekt verbindet. Die Moldau muß auch als ihre eigentliche Heimat betrachtet werden, aus der sie erst in Bessarabien als in ein Kolonialland eingewandert sind. Zumeist sind sie Ackerbauer, allerdings nur teilweise auf eigener Scholle, meist als ärmliche Pächter.

Ackerbauer sind auch zumeist die Ukrainer, der Zahl und Bedeutung nach entschieden das zweite Volk Bessarabiens. Wie schon oben angedeutet, besitzen sie die verhältnismäßige Mehrheit im Nordwesten und im Südosten des Landes, sind aber auch im übrigen Lande durch starke Minderheiten vertreten. Im Norden sitzen sie besonders am Dnjestr in der Gegend von Chotin, Mohilew und Jampol. In dem sich von hier nach dem Prut hinziehenden Lande sind sie stark mit Rumänen vermischt, so bei der Kreisstadt Bzelzy. Dann folgt neben zahlreichen kleinen die große Sprachinsel um die Kreisstadt Orgjow. Stärker vertreten sind dann die Ukrainer wieder südlich der Linie Huschi-Bender. Hier bewohnen sie besonders als Fischerbevölkerung das Küstengebiet vom Donaudelta bis zu den seichten Mündungsbuchten (Limanen) des Kunduk und des Dnjestr, ja die Ukrainer sind hier sogar über die Grenzen Bessarabiens hinaus in das Donaudelta und selbst in die nördliche Dobrußja in die Gegend von Babadagh vorgedrungen. So sehen wir die Ukrainer von ihrem im Nordosten gelegenen Stammgebiete aus in zwei Strömen

über den Dnjestr in den Norden und Süden des Landes eindringen, wie die Rumänen von Westen her über den Prut in der Mitte.

Die an Zahl weit hinter den Ukrainern zurückstehenden Großrussen waren besonders unter den Beamten stark vertreten, wie auch in der übrigen städtischen Bevölkerung. Auch gehörten zu ihnen viele Großgrundbesitzer. Infolgedessen fanden sie sich vorwiegend in den Kreisen, die die größten Städte Bessarabiens umschließen, Kischinew (126 000 Einwohner) und Ismail (35 000).

Während so die Großrussen über das Land zerstreut sind, daß sich ihre Verbreitung nicht auf Karten darstellen läßt, weil sie nirgends in auch nur kleinen Gebieten vorherrschen, bewohnen die Bulgaren geschlossene Siedlungen. Naturgemäß liegen diese in der Nachbarschaft der alten und nun wieder fast hergestellten Grenze Bulgariens an der Donau. Sie wohnen nördlich von Ismail zu beiden Seiten des Trajanswalles bis nahe an den Kunduk heran in den Kreisen Ismail und Akkerman, in letzterem etwa ein Viertel der Bevölkerung bildend. Nur wenige ukrainische und rumänische Sprachinseln unterbrechen ihr geschlossenes Gebiet, in dem sie mit noch besserem Erfolge Ackerbau treiben, als die beiden Hauptvölker des Landes. Außerdem haben sich Bulgaren vielfach in der Nähe der Städte als Gärtner niedergelassen.

Nur die Deutschen sind den Bulgaren noch als Ackerbauer überlegen. Ihre geschlossenen Wohnsitze schließen sich unmittelbar nördlich an die der Bulgaren an. Sie wohnen hier zu beiden Seiten des Kunduk, abgesehen von drei kleinen, nach dem Dnjestrflüßchen zu gelegenen Sprachinseln. Alle Kolonien liegen in dem ukrainischen Kreise Akkerman und haben als Nachbarn fast nur Ukrainer, Bulgaren und Türken, während die Rumänen hier fast gar nicht vertreten sind. Ihre Ansiedelung fällt in die Zeit nach den Befreiungskriegen und daraus erklären sich viele der Namen ihrer 27 Dörfer. Wie die Beziehungen der Rumänen Bessarabiens nach Westen wiesen, die der Ukrainer nach Norden und Osten, die der Bulgaren nach Süden, so schließen sich die Deutschen eng an die Hunderttausende von Kolonisten an, die über Südrußland auch vom Dnjestr bis zum Asowschen Meere verbreitet sind, begegnen uns doch schon wenig östlich des ersten Flusses vertraute Namen wie Straßburg und Mannheim.

Etwas weniger zahlreich als die 60 000 Deutschen sind die Gagausen vertreten, Türken oder besser türkisch sprechende Bulgaren, deren Dörfer sich westwärts an die der Bulgaren und der Deutschen anschließen. Sie gruppieren sich hauptsächlich um den Jalpuh, einen von Norden her dem Donaudelta zustrebenden Nebenflusse. Hier gehören ihnen nicht weniger als 35 Dörfer. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß manche Forscher in diesen Gagausen die Nachkommen von dem alten Türkenvolke der Kumanen sehen, das einst in Rumänien und in Bessarabien herrschte.

Der Zahl nach stehen nur hinter den Rumänen und den Ukrainern die Juden zurück, die aber trotzdem auf der Völkertafel von Bessarabien nur wenig hervortreten. Wie die Großrussen sitzen sie besonders in den Städten, Handel treibend wie in andern Ländern auch, aber doch in manchen Orten über die Hälfte der Bevölkerung ausmachend, wie wir das auch in Galizien kennen. Es gibt in Bessarabien sogar reine Judendörfer, die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts angelegt wurden. Allerdings haben von 17 Judenkolonien 8 diesen Charakter schon wieder verloren. Die geringste Rolle spielen die Juden in den beiden südlichsten Kreisen zwischen den Unterläufen des Prut und des Dnjestr, während sie sonst in allen 10–20 Proz. der Bevölkerung ausmachen.

Als Händler sind auch, einige tausend Köpfe stark, die Griechen und die Armenier in den Städten zerstreut. Beide Völker wetteifern ja darin auch sonst im Orient mit den Juden. Polen wohnen etwa 4000 im

nördlichsten Kreise Chotin, der ja unmittelbar mit dem über 400 Jahre zu Polen gehörenden ukrainischen Podolien zusammenhängt. Zahlreicher sind wieder die Zigenner vertreten, die fast 1 Proz. der Bevölkerung ausmachen. Man hat sie im Kreise Mukkerman anzusiedeln versucht, doch ist das Unternehmen völlig mißglückt. Endlich gibt es in diesem Kreise eine Kolonie französischer Schweizer, so daß sich ein volles Dutzend von Völkern in die Besiedelung des Landes teilt, davon 5 in hervorragendem Maße.

Dies deutet schon darauf hin, daß der heutige Zustand verhältnismäßig neu, daß Bessarabien spät kolonisiert worden ist. Nur die Gagauen könnten bis ins 11. Jahrhundert zurückreichen, wenn sie Nachkommen der Kumanen wären. Die Rumänen aber sind erst seit dem 14. Jahrhundert nach Bessarabien gekommen, die Ukrainer und die Bulgaren seit dem 18., die Deutschen seit dem Anfange des 19. Jahrhunderts. Lange vor ihnen haben andere Völker zwischen Prut und Dnjeestr gewohnt. Als älteste Bewohner kennen wir die iranischen Skythen, gegen die der Perserkönig Darius seinen großen Heereszug über die Donau unternahm, der ihm beinahe den Untergang gebracht hätte. Durch die Ukraine, von der Ostsee herkommend, schoben sich dann im 3. Jahrhundert die Goten in das Land. Dann wurden aber die indogermanischen Völker auf lange Zeit durch finnische und türkische Stämme abgelöst. Eine Nomadenwelle folgte der anderen und fast alle brauchten auch über Bessarabien weg, auf dessen gutem Boden sich die Völker ebenso festsetzten wie in der Moldau und der Walachei, bis ein neuer Völkersturm sie ablöste. So folgten sich die Hunnen um 400, die Bulgaren vor 500, die Awaren um 560, die Bessen im 7. Jahrhundert, die Magyaren und die Petschenegen kurz vor 900, die Kumanen, Uzen und die Polowzer 1091. Die Mongolen und Tataren fuhren nach 1225 nur verheerend durch das Land, ohne sich dauernd in ihm niederzulassen. Dagegen mögen neben den genannten Nomadenvölkern auch Slawen im Lande gesessen haben. Denn als sich die Slawen um 500 nach der Balkanhalbinsel südwärts schoben, mußte sie ihr Weg von der Ukraine her über Bessarabien und Rumänien führen und zweifellos haben sie sich auch hier niedergelassen, nur standen sie ständig unter Fremdherrschaft. Später sind dann diese Slawen in den Rumänen aufgegangen, die ja in Sprache und Wesen viel Slawisches an sich haben. Romanisch ist ja Bessarabien schon einmal von 106 bis 275 gewesen, als es einen Teil des Römerreiches bildete; aber dieses alte Romanentum ging in den Stürmen der Völkerwanderung ganz zugrunde. Die Rumänen faßten staatlich wie völkisch erst wieder seit 1367 in Bessarabien festen Fuß,

als die Fürsten der Moldau das Land besetzten. Schon 1484 fiel aber der Süden den Türken zu, und das ist sicher mit ein Hauptgrund, daß hier das Rumänentum zurücktritt. 1560 brachen die Tataren ins Land. Seit 1711 drangen immer wieder russische Heere in das Land, das 1812 an den Zaren fiel. Damit begann auch die sich immer mehr verstärkende Einwanderung der Ukrainer und Großrussen. Nur etwas über ein Fünftel des Landes (10000 qkm) fiel von 1856 bis 1878 an Rumänien, das rumänische Land am Prut von Huschi bis Reni und das türkisch-bulgarisch-ukrainische Land am Donaudelta, also ganz ohne Rücksicht auf den völkischen Charakter.

Fassen wir die Verhältnisse Bessarabiens im ganzen ins Auge, so ergibt sich, daß ein Anschluß des ganzen Landes auch vom völkischen Standpunkte aus nicht zu rechtfertigen ist. Da weder die Deutschen noch die Bulgaren und die Türken zum Anschlusse an die Rumänen geneigt sein können, nach den Erfahrungen des Weltkrieges, wie auch nach der Behandlung ihrer Volksgenossen in der Dobrudscha, so müßten nicht bloß Chotin und Mukkerman, sondern auch der größere Teil von Ismail von einem rumänischen Bessarabien abgetrennt werden und sich eher an die Ukraine anschließen. Ein solches vom Meere abgeschnittenes Bessarabien würde allerdings für Rumänien auch nur beschränkten Wert besitzen. Doch besitzt dieses ja auf alle Fälle an der Donau einen natürlichen Zugang zum Meere, der zusammen mit den ihm eingeräumten Vorrechten in Konstanza den Bedürfnissen Rumäniens genügen würde. Dann stellt aber auch die Erwerbung von Mittel-Bessarabien für Rumänien keine Lebensnotwendigkeit dar. Sein Verlust wäre wohl vom völkischen Standpunkte aus schmerzlich, ebenso wie der Verzicht auf Siebenbürgen, Bukowina, Banat und Dobrudscha. Auch geschichtliche Gründe sprechen gar nicht so sehr zugunsten der Rumänen, wie das oft angenommen wird. Besonders die südlichen Gebiete waren nur 140 Jahre rumänisch, 350 türkisch und 80 russisch.

Die Lösung der bessarabischen Frage mag aber so oder so erfolgen, zu einer Benachteiligung einzelner Völker muß sie stets führen. Dann möchten dies aber nicht die Deutschen und ihre Verbündeten sein. Im übrigen ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß der Anteil der Rumänen an der Bevölkerung noch weiter heruntergehen würde, wenn Bessarabien nicht an Rumänien fällt. Wie auf der Balkanhalbinsel würde die Staatszugehörigkeit Einfluß auf das Volkstum ausüben. Auswanderung nach dem Volksstaate würde die völkischen Grenzen immer mehr den politischen annähern.

Der finnländische Holzexport.

Von Dr. E. v. Kitta-Kittel.

Die finnländische Holzexport ist alt und reicht bis in das Mittelalter zurück, jedoch konnte sie bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, infolge von Ausfuhrerschwerungen und teilweisen Ausfuhrverboten, keine volkswirtschaftliche Bedeutung erlangen. Die Lage der Sägereien an den kraftliefernden Wasserläufen des Innern, ihre primitive Einrichtung und der oft schwierige Transport des Rohholzes zu ihnen, sowie der geschnittenen Ware zu den Häfen, verursachten Unkosten, die in keinem Verhältnis zu der damaligen Preislage standen. Das Bild änderte sich aber von Grund auf, als neben der stetig wachsenden Holznachfrage auf dem Weltmarkt in der zweiten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts die Bevormundung der Industrie wegfiel und 1857 nicht nur die Errichtung von Dampf Sägen gestattet wurde, sondern auch die Produktion der einzelnen Sägewerke nicht mehr wie bisher an ein Maximum gebunden blieb. Jetzt rückten die Sägewerke an die Ausmündungen der großen Seesysteme, da in ihrer

unmittelbaren Nähe das Holz schon spärlich geworden war, und es entstanden die großen Holzhäfen, wie Wiborg, Kotka, Björneborg und Meaborg. In den siebziger Jahren nahm der Aufschwung der Holzindustrie einen direkt stürmischen Charakter an. Schwere Rückschläge wären nicht ausgeblieben, wenn nicht die ständig wachsende Nachfrage nach Holz jedes Quantum hätte aufnehmen können. Alles stürzte sich auf das Holzgeschäft, und die Bauern, die bis dahin aus den Wäldern nur dürftige Erträge durch Holzteerbereitung und Brandkultur gezogen hatten, und bei denen infolgedessen keine rechte Vorstellung vom Werte der Wälder bestand, verkauften dieselben oft für ein Zehntel des wirklichen Wertes.

Ungeachtet der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung, die den Wäldern in Finnland zukommt, ist man erst in letzter Zeit (Anfang des jetzigen Jahrhunderts) dazu übergegangen, eine rationelle Forstwirtschaft in ausgedehnterem Maße zu treiben. Die ersten Versuche liegen allerdings

weit zurück. So ist das erste Projekt einer Bewirtschaftung der finnländischen Staatswälder i. J. 1859 vom damaligen Direktor der Charandtschen Forstakademie, E. v. Berg, entworfen worden. 1862 wurde in Evo eine forstwirtschaftliche Akademie gegründet, die gegenwärtig der Helsingforscher Universität angegliedert ist. Ferner wurde 1863 eine besondere Verwaltung der Staatswälder gebildet, die 1908 reorganisiert wurde. Im wesentlichen aber liefen alle Maßnahmen der Regierung darauf hinaus, die Staatswälder gegen Brand und Verwüstung durch Menschenhand zu schützen. Jedoch stieß selbst die Durchführung dieser Maßnahmen jahrzehntelang auf erbitterten Widerstand der Bevölkerung, die nicht von der Ansicht lassen wollte, daß die Staatswälder Gemeingut bilden, die jeder nach Gutdünken ausnutzen dürfe. Seit 1900 hat die Regierung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um den Personalbestand der Taxatoren, Förster und Heger zu vergrößern und gleichzeitig den Umfang der Forstbezirke zu verringern. 1914 wurden die allgemeinen Taxationsarbeiten wieder aufgenommen, nachdem die Versuche in den achtziger Jahren keine befriedigenden Resultate ergeben hatten. Ungeachtet dessen, daß 55 Prozent der Staatsforsten auf Sumpfboden gelegen sind, wird erst seit 1908 planmäßig an einer Trockenlegung dieser Böden gearbeitet. Die Wälder der sogenannten Militär- und Beamten Güter und die Waldungen der Gemeinden und Kirchengüter sind im allgemeinen gut erhalten und werden nach von den Verwaltungen der Forsten zu bestätigenden Plänen benutzt. Dagegen ist die Wirtschaft in den Privatforsten so gut wie keiner staatlichen Kontrolle unterstellt. In früheren Jahren haben denn auch die Privatwälder tatsächlich unter übermäßigem Abschneiden (Ausbrennen des Waldbodens) gelitten und hat unrationelle Teererzeugung dem Waldbestand großen Schaden zugefügt. Auch heute noch verschlingt der gänzlich unwirtschaftliche Holzverbrauch der Bevölkerung für Heiz- und Bauzwecke enorme Bestände. Die Erklärung für die Tatsache, daß man verhältnismäßig so spät in Finnland dazu übergegangen ist, eine rationellere Bewirtschaftung der Wälder vorzunehmen, liegt darin, daß bislang die ganze Aufmerksamkeit der Volkswirte auf die Landwirtschaft, vor allem die Viehzucht, gerichtet war. Erst als die großen Hoffnungen, die auf eine Steigerung der Viehzuchterzeugnisse (Butter) gesetzt wurden, sich nur zum Teil verwirklichter, begann man die Forstwirtschaft mehr zu pflegen, besonders auch mit Rücksicht auf möglichste Steigerung der Holzausfuhr.

Tatsächlich bietet der größte Teil des Landes mit seinem armen, steinigem Boden und kaltem Klima günstigere Bedingungen für die Forstwirtschaft, als für die Land- und Viehwirtschaft. Für die Landwirtschaft sind eigentlich nur das Küstengebiet, wo der Boden aus recht fruchtbarem Tonmergel besteht, und die weiten Flußtäler in Osterbotten (Nordwest-Finnland) von Natur geeignet. Die Forstwirtschaft wird ferner begünstigt durch die große Menge bequemer Flößungswege (Seen, Flüsse, Kanäle), die über das ganze Land ein ausgezeichnetes Verkehrsnetz bilden, und die große Anzahl von Stromschnellen, die den Sägereien die erforderliche Triebkraft liefern können.

Die Entwicklung der Sägeindustrie fällt hauptsächlich in die siebziger und achtziger Jahre. So wurden von den 29 Sägewerken, die gegen 1900 je über 4000 Standart (1 Standart = 4,87 Kubikmeter) versägten, sowie von den 40, die zwischen 2000 und 4000 Standart herstellten, gegründet:

Gründungs- jahr:	Sägen über 4000 St.	Sägen von 2000—4000 St.	insgesamt
vor 1860	1	5	6
" 1870	3	1	4
" 1870/80	20	9	29
" 1880/90	4	11	15
" 1890/1900	1	14	15

Die Mehrzahl der kleinen Sägereien wird noch mit Wasserkraft getrieben, bei den großen, für den Export arbeitenden tritt dagegen die Wasserkraft stark zurück und es kommen fast ausschließlich Dampfkraft und Elektrizität in Anwendung. Die maschinelle Einrichtung der großen Sägereien ist meist gut, ohne gerade immer den modernsten Ansprüchen zu genügen. In der Regel sind die Sägegatter inländischer Herkunft und einfach konstruiert, da ihre Beanspruchung bei den leicht zu schneidenden Holzarten des Landes und bei der geringen Stammstärke eine relativ unbedeutende ist. Die Transportbahnen sind zum größten Teil von deutschen Werken geliefert worden.

In guten Jahren wird fast die ganze Produktion der finnländischen Sägereien geräumt. Das Verladen des Holzes gestaltet sich vielfach nicht so leicht, wie man bei der Lage der meisten Sägereien am Meer annehmen könnte. Der Grund hierfür ist die zu geringe Wassertiefe der Flußmündungen und Buchten. Häufig sind die Sägereien genötigt, ihre Waren den Schiffen auf der Reede in Barken zuzuführen.

Von der Gesamtmenge an Holz, die 1913 zur Ausfuhr gelangte, gingen 19,3 % über den Hafen von Wiborg, 18,1 % über Kotka, 8,8 % über Björneborg, 6,3 % über Lovisa und 4,8 % über Meaborg. Außerdem kommen im Norden noch Kemijoki und Brahestad und im Westen Raumo in Betracht. Wiborg hat in den letzten Jahren seine vorherrschende Stellung als Holzausfuhrhafen etwas eingebüßt. Während in den siebziger Jahren bis zu 28 % der Ausfuhr von gesägtem Holz über Wiborg gingen und Kotka erst anfing, Exporthafen zu werden, sind 1912 über Kotka bereits 19 %, dagegen über Wiborg 17—18 % der Gesamtausfuhr verschifft worden. Zählt man auch das ungesägte Holz, wie Brennholz, Grubenholz usw. hinzu, so steht allerdings Wiborg noch weitaus an erster Stelle. Wiborg versorgte Petersburg mit Brennholz, wohnin auch große Partien auf der Bahn und über den Ladogasee geschafft wurden.

Die Ausfuhr von Holz und Holzarbeiten verteilte sich im Normaljahr 1913 nach den Hauptbestimmungsländern wie folgt:

Land	für	66 765 000 fm. *)
England	"	35 982 000 "
Frankreich	"	32 132 000 "
Deutschland	"	18 957 000 "
Holland	"	18 386 000 "
Rußland	"	17 229 000 "
Belgien	"	

Hierbei dürfte Deutschland als Abnehmer in einem etwas falschen Licht erscheinen, da ein großer Teil der laut Statistik nach Holland und Belgien ausgeführten Holzmenge tatsächlich für Westdeutschland bestimmt war. Der Export nach England ist seit den siebziger Jahren relativ zurückgegangen, der nach Deutschland hat bedeutend zugenommen, desgleichen die Ausfuhr nach Holland und Belgien, während die nach Frankreich sich ungefähr auf derselben Höhe gehalten hat. Es gingen nach:

	1888	1908
England	38,2 %	26,8 %
Deutschland	10,7 "	17,2 "
Holland	4,0 "	11,2 "
Belgien	5,2 "	8,5 "
Frankreich	21,1 "	19,9 "

1913 betrug die Holzausfuhr Finnlands dem Werte nach 227 359 000 fm. und bildete 56,5 % des Gesamtausfuhrwertes des Landes, der in weitem Abstände Papier (17,7 %) und Meiereierzeugnisse (10,8 %) folgten. Dem Werte nach ist die Holzausfuhr in den letzten Jahren fortgesetzt gestiegen. In den vier Jahren vor Kriegsausbruch 1910—1913 allein um 70 %:

*) 1 finnische Mark = 0,80 Mk.

1910 für	161 431 000	fm.
1911 "	167 037 000	"
1912 "	173 412 000	"
1913 "	227 339 000	"

An erster Stelle stehen in der Holzausfuhr Finnlands Bohlen und Bretter, von denen 1913 4 210 000 Kubikmeter versandt wurden, dann folgte leichtbearbeitetes Holz 2 851 000 Kubikmeter, und an dritter Stelle stand Brennholz mit 1 066 000 Kubikmeter. Während der Kriegsjahre ist die Holzausfuhr aus Finnland sehr bedeutend zurückgegangen, nur der Export von Brennholz über Wiborg und den Ladogasee nach Petersburg hat eher größere Dimensionen angenommen als vor dem Kriege. Die Holzzubereitung für Exportzwecke ist in den Jahren 1915—1918 natürlich recht bedeutend eingeschränkt worden, und was produziert wurde, ist größtenteils im Lande geblieben und bildet den gegenwärtigen Vorrat an Exportholz. Absolut sind das große Mengen und für den Bedarf Deutschlands mehr als ausreichend, da zudem die Ausfuhr nach England und Frankreich, die im Jahre 1913 noch die Hälfte des Gesamtexportes ausmachte, während des Krieges ausgeschaltet ist. Die Finnländer sind infolgedessen sehr daran interessiert, die Holzausfuhr möglichst bald aufzunehmen, schon um Fracht für ihre Dampferfahrten nach Deutschland zu haben.

Bei den gegenwärtigen Verhältnissen sind, wie das ja auch aus dem Kompensationsabkommen zwischen Deutschland und Finnland zu ersehen ist, Holz und Holzwaren die einzigen nennenswerten Tauschobjekte, die Finnland aufzuweisen hat. Einstweilen stehen jedoch einer bedeutenden Einfuhr nach Deutschland noch gewisse Hindernisse im Wege; vor allem das Stocken der Bautätigkeit. Allerdings ist hierbei zu beachten, daß die Wohnungsnot schon zurzeit in Deutschland so empfindlich geworden ist, daß ganz unabhängig von der Dauer des Krieges der Wohnungsbau in nächster Zeit aufzunehmen sein wird, und dann eröffnen sich für den finnländischen Holzexport die allerungünstigsten Aussichten. Es fragt sich nur, ob die Preislage für finnländische Produkte, infolge der unglaublich hohen Löhne in Finnland, nicht eine derartige sein wird, daß sie die Konkurrenz der schwedischen Erzeugnisse wird überwinden können. Uebrigens scheint auch die finnländische Regierung

bestrebt zu sein, auf die Preisbildung des Holzes und aller sonstigen Exportwaren Einfluß zu gewinnen, und zwar im Sinne einer möglichststen Heraufschraubung der Preise. Zu diesem Zwecke veranlaßt sie die Syndizierung der Hauptbetriebe. Es ist im beiderseitigen Interesse zu wünschen, daß diese Tendenz der Regierung nicht übertrieben und hierdurch die Konkurrenzfähigkeit finnlands Schweden gegenüber nicht beeinträchtigt wird.

Nach Friedensschluß wird für alle holzausführenden Länder fraglos eine Zeit kommen, in der sie aus ihrem Holzreichtum die größten wirtschaftlichen Vorteile werden ziehen können, da der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich und Belgien große Mengen Holz erfordern wird. Es wäre daher für die finnländische Handelspolitik von größter Bedeutung, wenn sich Finnland rechtzeitig über die Möglichkeiten der Holzausfuhr nach den genannten Staaten unterrichten würde. Auch in England besteht schon gegenwärtig ein empfindlicher Mangel besonders an Grubenholz.

Bei den berechtigten Bedenken, die im Hinblick auf die Erhaltung des Waldbestandes in Finnland vor dem Kriege auftauchten, muß es das eifrige Bestreben der finnländischen Wirtschaftspolitik sein, zur Herstellung und Ausfuhr verfeinerter Holzwaren überzugehen und auf diese Weise das vorhandene Rohmaterial intensiver auszunutzen. Bisher war nur die Garnrollenfabrikation bemerkenswert, die auf dem Reichtum Finnlands an Birkenholz beruhte. In dieser Beziehung allerdings nimmt Finnland unter den Garnrollen ausführenden Ländern den ersten Platz ein. Der Hauptsitz dieser Industrie ist der Südrand des Saimasees und die Stadt Kuopio in Ost-Finnland (Saastamoinen u. Co.). Die maschinelle Einrichtung dieser Werke stammt aus England, wohin auch die Hälfte der ganzen Produktion ausgeführt wurde. Außer England kamen noch Deutschland und Rußland, zu gleichen Teilen, als Abnehmer der finnländischen Garnrollen in Betracht. Von den sonstigen holzverarbeitenden Industrien ist noch die Bautischlerei und die fabrikmäßige Herstellung von Möbeln erwähnenswert. Wir finden die entsprechenden Betriebe hauptsächlich in Abo, Kuopio, Wiborg und in der Provinz Nyland (Helsingfors) konzentriert. Die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse ging vor dem Kriege fast ausschließlich nach Rußland.

Abrüstungsfragen.

Von Oberamtsrichter a. D. Dr. Sautier, Charlottenburg.

Die vom russischen Heere selbst herbeigeführte Auflösung seiner Bestände und die gleichzeitige Rückflutung riesiger Heeresmassen hat für das eigene Land geradezu katastrophale, alle Bande der Gesittung, der staatlichen, ja überhaupt der menschlichen Ordnung auflösende Wirkungen gezeitigt.

Jugleich hat sich aber deutlich gezeigt, welche furchtbare Geißel die allgemeine Wehrpflicht und die durch sie ermöglichte Aufstellung von Riesenheeren für die Nationen werden kann, wenn sie auf einer so niederen Bildungs- und sozialen Stufe wie die russische stehen, wenn den Truppen nicht strengste Manneszucht eingewurzelt oder anerzogen ist. Dazu gehört aber vor allem ein im Volke fest verankerter, aus seinen besten Kreisen hervorgegangener, durch Charakter, Bildung und alle männlichen Tugenden ausgezeichneter einheitlicher Offiziersstand, wie ihn in solcher Vortrefflichkeit allein Deutschland besitzt. Nur durch das Zusammentreffen mit der furchtbarsten aller Revolutionen, und von ihren verbrecherischen Urheberern unmittelbar verursacht, hat aber die vollständige Auflösung der russischen Heeresmacht, die Zuchtlosigkeit und Unmenschlichkeit der russischen Soldateska einen so entsetzlichen Grad erreichen können.

Während also die russische Abrüstung im Zeichen der allgemeinen Disziplin- und Gesetzmäßigkeit, der Auflösung

aller Bande der Ordnung und eines unbeschreiblichen Wirrwarrs stand und jetzt noch steht, wird die deutsche Abrüstung vom Geiste der Ordnung und der Gesetzmäßigkeit erfüllt sein und nach einem in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Plane vor sich gehen, wie er von der Um- und Voraussicht, Erfahrung und hohen organisatorischen Begabung des deutschen Generalstabes zu erwarten ist. Dabei muß der leitende Grundsatz sein, daß sich die Abrüstung nur allmählich, in bestimmten Abschnitten und gleichzeitig mit einer umfassenden, in allen ihren Einzelheiten wohlgedachten Ansiedlung in den neuerworbenen und von den deutschen Heeren besetzten Gebieten vollzieht.

Wenn es auch bei den wohlgeordneten agrarischen und Besitzverhältnissen in Deutschland ausgeschlossen wäre, daß Revolution die Begleiterin der deutschen Abrüstung würde, so würde es doch eine große, nachhaltige und wohlbeachtete Unzufriedenheit und Erbitterung unter den zurückkehrenden, ruhmreichen und verdienstvollen Kriegern erregen, wenn sie keine gesicherten Wohnungs-, Ernährungs- und Erwerbsverhältnisse, vielmehr Zustände wie nach dem 1870er Kriege vorfänden, der doch nur eine kurze Unterbrechung des Friedens bedeutete und die Aufstellung von Heeren erforderlich machte, die im Verhältnis zum jetzigen Kriege klein zu nennen sind. Jedenfalls würde ein Hauptgrund für eine berechtigte Unzufrieden-

heit wegfallen, wenn die zur Entlassung kommenden Kriegsteilnehmer gleichzeitig in einer ihnen zusagenden Weise da angesiedelt würden, wo sie während des Krieges so erfolg- und segensreiche Arbeit geleistet haben und wo sie alles vorfinden würden, was ihren Neigungen und berechtigten Anforderungen entspräche. Es wäre auch das beste Mittel, um der sofort nach dem Kriege und jetzt schon einsetzenden Verheerung gewissenloser Volksverderber und der andernfalls zu erwartenden argen Wohnungsnot in den Großstädten wirksam zu begegnen.

Eine so umfangreiche und sich auf so viele Kriegsteilnehmer erstreckende Ansiedlung wäre aber nur möglich, wenn hinreichend große und allen Anforderungen genügende Ansiedlungsgebiete vorhanden wären. Dies würde sowohl im Westen als im Osten der Fall sein, wenn die militärische Sicherung der Grenzen, was nach einem mit so riesigen Blutopfern geführten Kriege mit Bestimmtheit erwartet werden darf und auch ausdrücklich zugesagt wurde, der allein ausschlaggebende Gesichtspunkt wäre. Dann würden ausreichende und der deutschen Bevölkerung auch klimatisch und der Bodenbeschaffenheit nach zusagende Ländergebiete für die Ansiedlung zu Gebote stehen.

Inzwischen haben mir, was einen nach meiner Meinung übereilten Friedensschluß betrifft, den Tatsachen in jeder Beziehung recht gegeben. Es trifft besonders in der Richtung zu, daß der vorzeitige Frieden bei der Unsicherheit aller Verhältnisse und der Fortdauer des russischen Chaos in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehung nur einen unermeßlichen Schaden gestiftet, nicht aber den erhofften Nutzen gebracht hat und daß in einem Lande, in dem die Staatsgewalt von einem Tag zum andern wechseln kann und die Gesandten ihres Lebens nicht sicher sind, überhaupt kein Frieden in der wahren Bedeutung des Wortes möglich ist.

Vielmehr haben die russischen Unterhändler für den Frieden von Litauisch-Brest, solange Graf Czernin und von Kühlmann noch das große Wort führten und der letztere der Vollstrecker der Beschlüsse der famosen Reichstagsmehrheit vom Juli 1917 war, keinen Augenblick daran gedacht, den Frieden ehrlich zu halten und die gemachten Versprechungen einzulösen. Ja, sobald infolge des Uebergewichts der Diplomatie und des Einflusses der deutschen Reichstagsmehrheit der militärische Zwang nachließ, handelten sie in ganz unerhörter Weise und noch während der Verhandlungen gegen Geist und Inhalt der Verträge. Ja, sie wagten es, im Angesicht der deutschen Heere ganz allgemein über wehrlose Deutsche und über die Völker, denen sie im Frieden angeblich Selbstbestimmungsrecht, Unabhängigkeit und Freiheit bringen wollten, herzufallen und sie der Vernichtung preiszugeben. Erst das „quos ego“, das ihnen der militärische Unterhändler, General Hofmann, entgegenschleuderte, und das das Wutgeheul der unentwegten Sozialdemokratie und der Helfershelfer der Trozki und Lenin hervorrief, und durch das entschlossene Vorgehen der deutschen Heeresmacht in Estland und Finnland wurden ihre Anschläge vereitelt.

Ferner haben die mit Riesenmitteln unterstützten Einwirkungen der Ententemächte sowohl in dem staatlichen Trümmerhaufen, der Rußland bedeutet, als auch in der Ukraine und in Rumänien, sowie in neutralen Staaten mit unverkennbar großem Erfolge eingesetzt. So wurde ein Zustand geschaffen, der täglich den Wiederausbruch auch des offen erklärten Krieges an Stelle eines Friedenszustandes, der in Wahrheit keiner ist, erwarten läßt. Dies wird wohl sofort eintreten, wenn die monarchische Gewalt in Rußland wieder aus Ruder kommt, oder wenn die von der Entente bestochenen Revolutionäre mit ihrer Hilfe obsiegen würden. Werden diese Anschläge aber zuschanden, so geschieht es abermals nur durch die Stärke und Wachsamkeit der im Grenzgebiet verbliebenen Mil-

tärmacht und keineswegs deshalb, weil ein dauerhafter Friede abgeschlossen wurde. Ein solcher ist, wie die russischen und ukrainischen Zustände lehren, nur nach Besetzung des Landes und seiner größten Städte möglich, auch um im Lande selbst Ordnung zu schaffen und die Erfüllung der Friedensbedingungen zu sichern.

Die im Reichstag abgegebene Erklärung des früheren Staatssekretärs von Kühlmann hat daher nicht aus dem Grunde einen so ungeheuren Eindruck gemacht, weil er eine von allen Einsichtigen längst erkannte Wahrheit aussprach, sondern weil sie die eigene Bankrotterklärung und das Eingeständnis enthält, daß seine Friedensschlüsse tatsächlich keine sind, sondern daß der Krieg auch weiterhin und auch im Osten in seiner ganzen Schärfe fortbesteht, daß der Friede namentlich in all den Teilen gebrochen oder vom Gegner nicht eingehalten wurde, die für Deutschland und seine Bundesgenossen die wesentliche Grundlage bildeten und den Anlaß zum übereilten Friedensschluß gegeben haben. Dadurch allein wurde aber die gegenwärtige kritische Lage geschaffen, die Deutschlands Feinde trotz aller schweren militärischen Niederlagen immer neue Triumphe auf diplomatischem Gebiete erringen läßt. Was als Wirkung des Krieges ertragen worden wäre, wird nach geschlossenem Frieden als Ausfluß desselben vielfach als unerträglich empfunden, und es verwandeln sich kaum gewonnene Freunde in erbitterte Feinde.

Wenn schließlich die schädlichsten Folgen der übereilten Friedensschlüsse wieder beseitigt werden, so ist auch dies nur dem Nachdruck zu verdanken, mit dem die deutsche Militärmacht auftritt, während die Erklärungen der deutschen Reaierungsvertreter und das Verhalten der Reichstagsmehrheit bei den Ententemächten nur immer neue Hoffnungen auf den endgültigen, wenn auch nicht militärischen, so doch diplomatischen Sieg erwecken.

Auch die Rettung der Bolschewiki vor der Gegenrevolution werden sie schließlich nur den auch im inneren Rußland siegreichen deutschen Heeren und ihrer Führung zu verdanken haben, welche letztere die Häuptlinge der deutschen Sozialdemokratie auch wegen ihres Vorgehens in der Ukraine so wütend angegriffen haben.

Nicht einmal der von den Verfechtern der beschleunigten Friedensschlüsse geltend gemachte Hauptgrund hat sich als stichhaltig erwiesen, daß er nämlich die Räumung unserer Ostfront und die dadurch erzielte gewaltige Verstärkung der deutschen Westfront ermöglicht habe. Denn es konnte nur wegen der militärischen Ohnmacht der Russen und der Auflösung ihrer Heere geschehen, und auch dies ist lediglich ein Verdienst unserer siegreichen Truppen und der genialen militärischen Oberleitung. Die Voraussetzung für die Verstärkung der Westfront war aber die Zurücklassung einer genügend starken Heeresmacht im Osten. Dadurch kam jedoch ein wesentliches Merkmal des Friedens in Wegfall, nämlich eine, wenn auch nur teilweise Abrüstung.

Das gleiche Ergebnis hätte sich aber viel rascher und aründer erreichen lassen, wenn die völlige Niederwerfung der russischen Heeresmacht im Herbst 1917 zugelassen und nicht von den Verfechtern des Eroberungs- und entschädigungslosen Friedens durch die Vortäuschung eines raschen und vollständigen Friedensschlusses vereitelt worden wäre.

Was den entschädigungslosen Frieden betrifft, so hat sich die Unmöglichkeit und Schädlichkeit dieser Friedensbedingung namentlich bezüglich der Opfer der Bolschewiki sofort in überzeugender Weise ergeben, und die Grobkanken, die diese Forderung durch die ihnen verbündete Presse am lautesten erhoben, haben damit, wie wenigstens aus ihren lauten Klagen hervorgeht, ihr eigenes Grab geschaufelt. Denn wäre nicht von vornherein auf jede Kriegsschädigung verzichtet worden, so wäre die riesige Steuerbelastung, die billigerweise auch das Groß-

kapital treffen muß, nicht zur dringenden Notwendigkeit geworden.

Auch die Behauptung, daß bei der noch lange Jahre andauernden Wehrlosigkeit und Zerstückelung Rußlands Deutschland von diesem keine Gefahr drohe, ist unsich- haltig. Denn sie droht nur dann nicht, wenn an unseren östlichen, durch natürliche Hindernisse gut gestalteten Reichs- grenzen, wie während des ganzen Krieges an allen Fron- ten, eine undurchdringliche und allen Angriffen wider- stehende Menschenmauer gebildet und ständig erhalten wird. Diese ist aber nur möglich, wenn das Ansiedlungsgebiet für die dazu erforderlichen gewaltigen Truppenmassen groß genug und wenn das Menschenreservoir, aus dem sie zu bilden wäre, unerschöpflich ist. Dies wird aber gegenüber der slawischen und mongolischen Hochflut nur dann zu erreichen sein, wenn die deutsche Volksvermehrung da- mit Schritt hält und wenn das gesamte deutsche Volkstum im ganzen sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstreckenden Grenzgebiet hinter dieser lebenden Mauer ansammelt. Denn da die deutsche Gesamtnation in allen Ländern der Entente einschließ- lich Amerika, und zwar von den feindlichen Völkern selbst ausgehend, nach wie vor mit Vernichtung bedroht ist und sein wird, so müssen sich auch alle im feindlichen Ausland befindlichen Volksgenossen hinter diese lebende Schutzmauer zurückziehen und sie mit- bilden und verteidigen helfen. Nur in diesem Falle wird es Deutschland in künftigen Zeiten gelingen, auch dem von den Japanern gegen Europa vorwärts gepreßten gesammelten Asiatentum erfolgreich Widerstand zu leisten, und nur dadurch, daß dem verblendeten Angelsächsentum sein selbstmörderisches Beginnen, unter Führung Japans ganz Asien und namentlich die träge und bisher un- triegerische Masse Chinas zu militarisieren und gegen das unbefiegte Deutschland in Bewegung zu setzen, bis jetzt mißglückte, sind wir vor dem Untergang gerettet worden.

Gegenüber dem sichtslichen Bestreben der Entente, den Krieg im Osten gegen Deutschland wieder in seiner ganzen Stärke zu entfesseln, wird vor allem die Befreiung der Massen noch in Rußland befindlicher Kriegs- und Zivil- gefangenen und der mehreren Millionen dort angesiedelten deutschen Stammesgenossen das nächste und dringendste Ziel sein müssen. Denn die Gefahr ihrer Vernichtung seitens der erbarmungslosesten, weil vom Hass der Un- dankbarkeit erfüllten Deutschenfeinde, der in Sibirien vor- rückenden tschecho-slowakischen Heerescharen, ist groß, und es kam ihr nur durch ihre Niederkämpfung seitens der deutschen Militärmacht und durch die rücksichtslosesten Ver- geltungsmaßnahmen gegenüber den bisher straflos geblie- benen Hochverrätern begegnet werden. Durch sie sollte auch die alsbaldige Rückwanderung der über ganz Ruß- land zerstreuten deutschen Ansiedler erzwungen werden. Nur solche deutsche Siedlungen sollten in Rußland und den aus ihm hervorgehenden Staatengebilden belassen werden, die jederzeit den raschen militärischen Schutz der deutschen Heeresmacht gewährt bekommen könnten. Wäre dies nicht möglich oder beabsichtigt, so sollte dem drin- genden Ruf der sich für ihr Deutschtum aufopfernden An- siedler stattgegeben werden, daß sie raschestens innerhalb der künftigen deutschen Reichsgrenzen angesiedelt werden und zu neuem Gedeihen durch eigene Kraft und Tüchtig- keit gelangen.

Ein berechtigtes Verlangen dieser ihrem Deutschtum unter den schwierigsten Verhältnissen, ja in Lebensnot und ärgster seelischer und physischer Bedrängnis tren ge- bliebenen Deutschen ist es aber, daß sie ihre neuen Sied- lungen in ihrer herkömmlichen Art und nach bewährtem Vorbilde einrichten dürfen und daß ihnen eine weitgehende Selbständigkeit und Selbstverwaltung gewährt wird. Nur ein tätig freies, gebildetes, von Gemeindrang beherrschtes und noch unverbrauchtes Volk wird seine Bestimmung voll und ganz erfüllen, nicht aber ein geknebeltes oder ein bevormundetes, der Entmutigung verfallenes.

Da aber die Balten sowohl als die deutschen Ansiedler in Rußland bereit sind, wie sie gleich den deutschen An- siedlern ihrem bisherigen Heimatlande Rußland trotz aller Bedrückung die Creue unerschütterlich bewahrt haben, nun ohne Gewissenswiderstreit und freudigen Herzens ihrem wirklichen Vaterlande Gut und Blut zu opfern und sich zu seiner Verteidigung in die vorderste Reihe zu stellen, so sollte diesem Wunsche unverzüglich entsprochen werden. Daher sollte ihre Ansiedlung überall im Grenzgebiete er- folgen. Die in der Krim und in Bessarabien Angesiedelten sollten aber in ihren bisherigen so schön ausgestatteten Wohnstätten nur verbleiben, wenn dort die deutsche Flotte ihren ständigen Stützpunkt am Schwarzen Meer erhalten und wenn sie in Verbindung mit den großen deutschen Siedlungen in Bessarabien an der von Deutschland zu schützenden Donanmündung einen Stützpunkt hätten.

In den Grenzgebieten nach Rußland und der Ukraine hin, namentlich aber in den Baltikländern wären die zurückzunehmenden und voll zu entschädigenden „Wolga- Deutschen“ und alle über Rußland zerstreuten deutschen Kolonisten, namentlich die Wehrpflichtigen unter ihnen, anzusiedeln und letztere ihrem Wunsche entsprechend als- bald als Freiwillige ins deutsche Heer einzustellen.

Die ganzen Wohnstätten wären als friedliche Kriegs- arbeit in gemeinsamer Leistung aller Ansiedler zu er- richten, nach deutscher Eigenart anzustatten und zunächst auf die vorläufige Unterbringung der Ansiedler Bedacht zu nehmen. Die Einzelausgestaltung würde diesen kampfs- erprobten und in jeder Beziehung bewährten Pionieren deutscher Kultur und deutscher Art am besten selbst über- lassen werden.

Diese im ganzen Grenzgebiete zu errichtenden rein deutschen Siedlungen, von denen alle fremdstämmigen und zum Verrat neigenden Volksteile fernzuhalten wären, wären nach dem Vorbilde der römischen Militärkolonien oder der österreichischen Grenzer, aber der deutschen militärischen Organisation angepaßt, zu errichten. Es wären die ganzen im Kriege aufgestellten Truppenverbände, also aktive, Reserve- und Landwehrkorps, Landsturmformationen, Ar- beiterbataillone beizubehalten und alle diese aus den wehr- pflichtigen Siedlern zu ergänzen.

Nach Eintritt eines friedensähnlichen Zustandes, näm- lich wenn die auch bei Deutschlands westlichen Feinden eintretende gänzliche Erschöpfung voraussichtlich zur zeit- weiligen Niederlegung der Waffen zwingt, auch dann noch hätte in den Grenzgebieten die vollständige Kriegsbereit- schaft und der Kriegsdienst im vollen Umfange bestehen zu bleiben, nur daß die dann immer noch als Kriegsdienst geltende Friedensarbeit, also namentlich die Anfrischung der Wohnstätten, die Bestellung der Felder, der Bau der Kleinbahnen, Straßen, Wasserleitungen, von Elektrizitäts- werken, Kraftübertragungen, Fernsprechleitungen mit kriegsmäßiger Beschleunigung und Vereinfachung vor sich ginge.

Nach eingetretener allmählicher Abrüstung würde in den Siedlungen der Grenzgebiete der Charakter als Mili- tärkolonie beibehalten werden, ebenso blieben die ganzen Truppeneinteilungen als Grundlagen auch für die Sied- lung im Friedenszustande bestehen und würden die nicht mehr im aktiven Dienstverhältnisse befindlichen Wehr- pflichtigen in ihren Truppenverbänden bleiben. Für diese Wehrpflichtigen könnte die schweizerische Militärverfassung als Vorbild dienen. Sie würden die Waffen, ja die ganze Ausrüstung, Uniformstücke, Pferde mit nach Hause nehmen, was sich überhaupt für das ganze deutsche Heer zur Ver-meidung der kostspieligen Aufstapelung ungeheurer Be- stände empfehlen dürfte. Die ständige Kriegsbereitschaft käme dadurch zum Ausdruck, daß kein Wehrpflichtiger die Siedlung ohne Urlaub verlassen dürfte, daß sie unter den Kriegsgefahren sünden, daß jeder der sofortigen Einbe- rufung gewärtig sein müßte. Auch Knaben und Mädchen müßten sich eine gewisse Schießfertigkeit und Übung im

Feld- und Aufklärungsdienst aneignen. In der Krankenpflege wären alle Frauen der Militärsiedlung auszubilden. Der Frauendienst würde nach allen Richtungen, und zwar als Frauendienstpflicht, organisiert werden. Aber auch die Verfassung dieser Grenzschutzgebiete sollte einem urgermanischen schweizerischen Vorbilde, nämlich der Appenpeller Landgemeinde, entlehnt werden, in der das wehrhafte Volk in einer Vollversammlung über alle wichtigen Staats- und Gemeindeangelegenheiten, also in öffentlicher und am wenigsten von dunklen Mächten beeinflusster Stimmabgabe, entscheidet. Dem Charakter der hauptsächlich dem Schutze des Vaterlandes dienenden Militärsiedlung entsprechend würde die Landgemeinde in voller Waffenausrüstung und nach ihren Truppenverbänden gegliedert wenigstens einmal im Monat an einem Sonntag zusammentreten und sich ihre Gemeindevorsteher und auch ihre Vertreter im Reichstag nicht nach der militärischen Rangordnung, sondern allein nach ihrer Tüchtigkeit und Charakterfestigkeit auswählen. An die Erledigung der Staats- und Gemeindeangelegenheiten würde sich eine kriegsmäßige Waffenübung anschließen.

Diese vorwiegend militärische Gestaltung auch der Gemeindeeinrichtungen würde sich auf die eigentlichen Grenzgebiete beschränken und sich nicht auf die außerhalb des Gefahrenbereiches liegenden Landesteile erstrecken, obwohl auch in diesen zur Verhütung des traurigen Geschickes, das Ostpreußen zu Beginn des Weltkrieges erdulden mußte, das Interesse der Vaterlandsverteidigung immer an erster Stelle stehen müßte.

Welch unsicheres und trauriges Los den Deutschen auch jetzt noch überall außerhalb der Reichsgrenzen beschieden ist, zeigen die sattsam bekannnten osteuropäischen Zustände. Überall Verrat, Ueberfall, Mißhandlungen, Vertreibung von Haus und Hof, Hungersnot.

Es war deshalb ein schreiendes Unrecht gegen die so zahlreich an deutscher Art, Sprache und Kultur, wie überhaupt an ihrem deutschen Volkstum festhaltenden Balten, die allein durch den Heldenmut und die übermenschlichen Anstrengungen der deutschen Truppen in ihrer Gesamtheit vor einem gräßlichen Untergang bewahrt wurden, daß sie ihren Peinigern, den lettischen und estnischen Mördern, Brandstiftern, Plünderern und Frauenschändern von neuem preisgegeben und daß diese in das von ihnen verwüstete Land zurückgerufen wurden, um den deutschen Balten abermals zur Geißel zu werden, wogegen niemand in den Ostseeprovinzen daran denkt, die friedlichen und den Deutschen freundlich gesinnten Esten und Letten zu unterdrücken. Am meisten wurde aber so die militärische Sicherheit von uns hinter der Front gefährdet und gerade dadurch eine neue Beschränkung des freien Verkehrs nötig.

Würde in dem zur Verteidigung des Hinterlandes bestimmten Grenzgebiete eine zahlreiche und unzuverlässige estnische, lettische und polnische Bevölkerung belassen oder angesiedelt, so wäre es um den Grenzschutz bei Ausbruch eines neuen Krieges gerade so übel oder noch schlimmer bestellt, wie es 1914 in Galizien der Fall war.

Nicht weniger schwer lastete die Hemmung aller Bewegungsfreiheit auch, nachdem sie nach vollständiger Auflösung der russischen Heere nicht mehr in gleichem Maße durch militärische Rücksichten geboten war, das Darniederliegen der Schifffahrt, von Handel und Wandel auf dem arbeitsfreudigen Baltenvolke, denn dieses hat kein anderes Bestreben, als das Land so rasch als möglich wieder in die Höhe zu bringen und die ihm durch die Russenzeit geschlagenen schweren Wunden zu heilen.

Deshalb wirkte die von Hindenburgische Verfügung in der kurländischen Bodenfrage und die darin gemachten Verheißungen sowohl in den Baltenlanden als in ganz Deutschland wie eine Erlösung von schwerem Druck. Die Freude darüber wird nur dadurch geschmälert, daß sich die angeordneten Maßnahmen mit den für die Grenzgebiete

gebotenen Beschränkungen nicht auf die ganzen Ostseeprovinzen beziehen, und daß nicht im ganzen besetzten Gebiete die zu weit gehenden oder jetzt wohl teilweise entbehrlichen Beschränkungen des Verkehrs, von Handel und Wandel sofort aufhören. Vielmehr sollte die im militärischen Interesse noch nötige Ueberwachung nur den zahlreichen Söldlingen der Entente und den irgendwie unter ihrem Einflusse Stehenden, nicht aber Persönlichkeiten von bewährter vaterländischer Gesinnung zuteil werden.

Namentlich sollten die Beschränkungen von Handel und Wandel und der kommunalen Selbständigkeit von Riga jetzt schon und baldigt fallen; denn die Stadtverwaltung hat ihren Befähigungsnachweis auch, was die Behandlung der lettischen Bevölkerung betrifft, glänzend erbracht und ihre vaterländische Gesinnung in den schwierigsten Lagen bewiesen. Ebenso sollte die Unterbindung des freien Verkehrs zwischen den Deutschen Balten und den vaterländisch gesinnten Kreisen Deutschlands ganz aufhören.

Wie den als hochmütigen Aristokraten verschrienen Balten stets die Pflege von Kunst und Wissenschaft am Herzen lag, so sollte ihr Streben, die im Lande bestehenden Hochschulen aus eigener Kraft rasch zur höchsten Blüte zu bringen, in jeder Beziehung gefördert werden. Dies wird aber auch durch Schaffung günstiger Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse für Professoren und Studenten und durch die baldige Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen, auch in Livland und Estland, geschehen.

Es wäre, was die Hochschulen in Riga und Dorpat betrifft, zu denen noch eine Handelshochschule in ersterer Stadt kommen sollte, anzustreben, daß an Stelle der zahlreichen minderwertigen Studenten, die diesen Namen kaum verdient haben, eine noch zahlreichere, aber geistig hochstehende deutsche Studentenschaft tritt und daß beide Hochschulen den Deutschen des ganzen europäischen Ostens und den Tüchtigsten unter ihnen die Möglichkeit zur Erlangung der Hochschulbildung gewähren. Weiter sollte es von der reichsdeutschen Studentenschaft als eine vaterländische Pflicht angesehen werden, ein Semester an den baltischen Hochschulen zuzubringen, wodurch ihr Besuch um überaus starker würde. Für ihre Unterbringung wäre jetzt schon Vorsorge zu treffen, was am besten durch Errichtung von Studentensiedlungen geschehen würde, wie eine von der technischen Hochschule in Charlottenburg geplant ist.

Was aber nicht allein die Balten ersehnen, sondern das ganze deutsche Volk, das ist die ungehemmte Betätigung seiner hohen Begabung auf allen Gebieten der Kultur wie des Erwerbslebens, seines unermüdlischen Fleißes und seiner ungeheuren Arbeitsenergie. In dieser Beziehung erträgt das deutsche Volk keine Fesseln, wohl aber fügt es sich gerne einer verständnisvollen, von großen Gesichtspunkten ausgehenden und die gesamten Kräfte der Nation zusammenfassenden militärischen Oberleitung, die, selbst wieder von diesem Volksbewußtsein getragen und mit dem Volke völlig eins, in diesem Kriege Wundertaten verrichtet hat.

Daß der Weltkrieg nun schon vier Jahre lang die Erwerbstätigkeit eines sehr großen Teiles des deutschen Volkes vollständig ausgeschaltet hat, daß dadurch die Schaffung ungeheurer Werte unterblieben oder daß sie verloren gegangen sind, wird von der erwerbstätigsten und arbeitssamsten aller Nationen besonders schwer empfunden.

Nur eins hätte dabei berücksichtigt werden dürfen, daß in einem so lange währenden Kriege auch die dem Vaterlande geleistete Arbeit, wenn auch nur in mäßigen Grenzen, vergütet werden muß. Jedenfalls ist die Vergütung so hoch zu berechnen, daß jeder Krieger, der an der Front oder in den besetzten Gebieten oder in Deutschland selbst im militärischen Dienstverhältnis Arbeit geleistet hat, nach Beendigung des Krieges eine dieser entsprechende Vergütung erhält, die für seine ganze Dauer zu berechnen

wäre, so daß er wenigstens über ein kleines Kapital zur Gründung einer neuen Existenz verfügt. Damit diese Vergütungen nicht eine ungeheure Geldsumme ausmachen, sollte sie in Erbpacht-Grundstücken, in Baumaterialien-

Freibezug, in Stellung von Arbeitstieren und -Geräten, aber nicht in Bargeld geleistet werden können, was wohl von der Mehrzahl der Kriegsteilnehmer bevorzugt werden dürfte.

Der russische Kronprätendent Großfürst Dmitri Pawlowitsch.

Von Hanns Dohrmann, Berlin-Charlottenburg.

Die Presse hat kürzlich die Nachricht verbreitet, seit der Erschießung des Erzaren Nikolai habe sein Vetter, der junge Großfürst Dmitri Pawlowitsch, als nächster Anwärter auf den ledigen Zarenthron zu gelten; der junge Großfürst befinde sich als Hauptmann bei den englischen Truppen in Persien und sei von den Engländern tatsächlich als russischer Kronprätendent anerkannt worden. Die Richtigkeit dieser Nachricht wird erst zu überprüfen sein. In Anbetracht der wachsenden monarchistischen Bewegung in Rußland aber und der Tatsache, daß weite Kreise des russischen Volkes sich über den bitteren Enttäuschungen der Revolutionszeit nach und nach zur neuen Lösung bekennen haben: „Nur ein Zar kann Rußland retten!“ ist es vielleicht angebracht, Authentisches über den jungen Fürsten mitzuteilen, der angeblich dazu ausersehen ist, dieser rettende neue Zar zu werden.

Es ist nichts Neues, den Großfürsten Dmitri Pawlowitsch als russischen Kronprätendenten zu sehen. Als der Thronfolger Alexej Nikolajewitsch, der kleine einzige Sohn des Erzaren, 1912 schwer und, wie man damals annahm, unheilbar erkrankte und der Bruder des Zaren, Großfürst Michael, sich durch eine bürgerliche Heirat aus der Thronfolge ausschloß, rückte die Gestalt des Großfürsten Dmitri von selbst in den Vordergrund des Interesses; denn nach der russischen Thronfolge-Ordnung war er tatsächlich der nächste rechtmäßige Anwärter auf den Zarenthron für den Fall, daß der Selbstherrscher keinen männlichen Erben hinterlassen sollte. Auch während des Krieges hat der Prinz in Rußland allgemein für einen solchen gegolten; und mögen auch einzelne Personen am Zarenhofe im Laufe der letzten Jahre aus eigennütigen und politischen Gründen für eine Umgehung Dmitri Pawlowitschs zugunsten etwa des brutalen und imperialistischen Träumen nachhängenden Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch agitiert und intrigiert haben, so hat man den einstmaligen russischen Generalissimus doch eigentlich nur im Auslande als Schreckgespenst oder Bundesgenossen — je nach dem mitteleuropäischen oder orientalischen Ursprung dieser Gerüchte und Legenden — in der Maske eines künftigen Zaren an die Wand gemalt. Noch heute denkt wohl in russischen monarchistischen Kreisen niemand an einen Zaren Nikolaj Nikolajewitsch, heute — mit einem Blick auf den tief Gedemütigten in der Krim — wohl noch weniger als ehemals. Als rechtmäßiger Kronprätendent hat in der Tat ausschließlich Großfürst Dmitri Pawlowitsch zu gelten, seit der Zar tot und, wenn sich die Ähnlichen andeutenden Gerüchte bewahrheiten sollten, auch der schöne kleine Zäwarewitsch den grauenvollen Tod gestorben ist, den ihm vor 14 Jahren im Petersburger Winterpalais wohl niemand an der goldenen Wiege eines Thronfolgers der russischen Großmacht gesungen haben mag.

Großfürst Dmitri Pawlowitsch galt schon Jahre vor dem Kriege für den interessantesten Prinzen der jungen Großfürsten-Generation. Vom Knaben erzählte man sich kopfschüttelnd und heimlich tolle Dinge, vom eben Erwachsenen noch tollere. Dmitri Pawlowitsch und seine einzige Schwester, die Großfürstin Maria Pawlowna, die den Herzog von Södermanland heiratete, um sich nach wenigen Monaten von ihrem schwedischen Gemahl wieder scheiden zu lassen, weil ein Liebeserlebnis mit einem Offizier der russischen Gesandtschaft sie am Stockholmer Hofe unmöglich und gefährlich gemacht hatte, denn der betreffende Offizier war

russischer Militäragent in Schweden, haben nie ein Elternhaus gekannt. Der Vater der beiden Fürstenkinder, Großfürst Paul, ein Bruder Alexanders III., lebte und lebt noch heute in Paris — nach einer Ehekatastrophe vor langen Jahren — in morganatischer Ehe mit einer Dame aus ursprünglich sehr bürgerlichen Kreisen. Seine Kinder wurden daher im Hause ihres Oheims, des Großfürsten Sergius, auch eines jüngeren Bruders Alexanders III., in Moskau erzogen. Es war eine seltsame Umgebung, in der sie ihre Kindheit verbrachten; für beide ist sie verhängnisvoll genug gewesen: Großfürst Sergius, der in überaus unglücklicher Ehe mit einer Schwester der Erzarin, der Prinzessin Elisabeth von Hessen, lebte, war brutal, verderbt und genußsüchtig; er übte einen dementsprechenden Einfluß auf den kleinen Prinzen Dmitri aus, der sich früh zu einem überaus leichtlebigen Großfürsten Dmitri auswuchs. Der Einfluß der Großfürstin Elisabeth aber gestaltete sich insofern nicht günstiger, als diese hessische Prinzessin aus der Tragödie ihrer unglücklichen Ehe — ähnlich wie ihre gekrönte Schwester — sich in die unwirkliche, religiöse Asketenwelt flüchtete und daher den ihrer Obhut anvertrauten Kindern niemals Mutter gewesen ist. In der Atmosphäre des Moskauer Statthalter-Palastes an der Twereskaja wuchsen die großfürstlichen Kinder so in der Einsamkeit ihrer hohen Stellung zu seltsamen Herrenmenschen heran, zu Herrenmaturen im Sinne russischer Selbstherrlichkeit und Jügellosigkeit, die unter dem Firnis äußerer Etikette dem Instinktmäßigen ungehemmteste Neugierung gestattet: der herrschsüchtige, zu grausamen Trieben neigende prinzliche Knabe malträtierte das russische Heer seiner Bedienung, ehe er, zum Jüngling geworden, durch perverse Neigungen öffentliches, freilich nur zu bald zum Schweigen gezwungenes Aergernis beim Volke erregte; und die kleine kokette Prinzessin erlebte, zur jungen Großfürstin sehr früh herangereift, seltsame, romantisch-wirkliche Liebesabenteuer mit den Adjutanten ihres Oheims und ihres Bruders. Aus jener Entwicklungsperiode der beiden Fürstenkinder erzählt der Hof- und Moskauer Stadtklatsch Bände. Trotzdem entwickelten sich Bruder und Schwester in diesen Jahren äußerlich zu jener vollendeten edelrassigen Schönheit, die bei der Großfürstin noch heute berückend wirkt, noch heute klassisch bei dem gegenwärtig etwa siebenundzwanzigjährigen, überaus eleganten jungen Kronprätendenten.

Das Attentat auf dem Senatsplatz im Moskauer Kreml, das 1904 dem nichtsnutzigen Leben des brutalen Statthalters Großfürsten Sergius ein jähes Ende bereitete, machte auch den Aufenthalt der beiden Kinder Pauls am Moskauer großfürstlichen Hofe unmöglich. Der zerfetzte Leichnam Sergius Alexandrowitschs wurde mit allem Pomp in der Zarengruft beigesetzt, während die Fama geschäftig war, dem Toten nachzusagen, er habe eine seltsam krankhafte Schwärmerei für seinen kaukasischen Adjutanten und seinen schönen Neffen Dmitri gehegt; seine erlöste Witwe zog sich verhärtet als Nonne in eine Klosterzelle zurück, die sie sich neben dem Tschudow-Kloster in Kreml hatte bauen lassen und aus der sie erst im Mai 1917 die cäsarophobe Anduldsamkeit eines Adjutanten Kerenskis vertrieb; und Großfürst Dmitri siedelte mit seiner Schwester, bereichert in jungem zartem Alter um die blutige Erfahrung des Moskauer Attentates, nach Petersburg über, wo er als Liebling des damals

noch johnlosen Schwächlings auf dem Throne der Romanows im Palais seines in Ungnade gefallenen Vaters bald jenes auschweifende tolle Leben eines hochgestellten jungen Lebemanns begann, das ihn über Rußland hinaus in ganz bestimmten Sinne berühmt gemacht hat.

Als einziger Sohn des großfürstlichen Krösus Paul verfügte Dmitri Pawlowitsch früh über unermeßlichen Reichtum. Winters in seinem Petersburger Palais, sommers in seinem säulengeschmückten, von einem uralten Lindenpark umgebenen Schloß aus dem Zeitalter Nikolais I. an den hohen Ufern der Moskwa, lebte der junge Großfürst ein zügelloses Leben mit allen Attributen früher Reife, rascher Ueberfättigung, immer neuer Reize und materieller und moralischer Verschwendung. Geliebte wechselten mit Geliebten, Skandale unterdrückten das Ansehen der Kaiserlichen Hoheit, und jedes öffentliche Uergernis, das Großfürsten bis zum März 1917 in Rußland erregten, wurde auch im Falle Dmitri Pawlowitschs stets in dem Sinne aus der Welt geschafft, wie jener wohlbekannte Zwischenfall, da derselbe junge Prinz Dmitri in einem Moskauer Vergnügungspalast eine seiner Odalisten nackt durch den vollbesetzten Tanzsaal laufen ließ, wonach er die betreffende Venus mit einem wahrhaft großfürstlichen Geldgeschenk und den einschreitenden Moskauer Polizeimeister mit einem sehr hohen Orden entschädigte, was zur Folge hatte, daß über das Geschehene bei Strafe niemand mehr reden durfte... Trotz alledem war und blieb der jugendliche Großfürst beim Durchschnitt des Publikums Gegenstand ständigen gespannten Interesses, bei einzelnen Kreisen das Objekt hingebungsvoller Schwärmerei: seine äußere jugendliche Erscheinung wirkte tatsächlich bezaubernd und hinreißend; jedenfalls hat ihn nicht vergessen, wer ihn als geborenen Reiter an der Spitze seiner Garde-Mannschwadron auf dem Petersburger Marsfelde sah, als gestiefelten und gespornten, elegant-lässigen Kürassier auf der Tribüne der Rennbahn, als schlanken, geschmeidigen Führer seines Kraftwagens und als unnahbar fürstlichen Prinzen bei Gelegenheiten jener Empfänge und Festlichkeiten, da er mit 19, 20 und 21 Jahren hoheitsvoll und mit grenzenlosem Hochmut gegen das gemeine Volk den Zaren zarischer als der Zar vertrat.

Aus dem zügellosen Dasein eines unabhängigen Prinzen wurde Dmitri Pawlowitsch 1912 mit 21 Jahren jäh gerissen, als ihn Nikolai II., der ihn ehelich geliebt haben mag, in Anlaß der Erkrankung des kleinen Zäfarewitsch zum Vormund desselben, d. h. zum präsumtiven Thronfolger bestellte. Dieses Ereignis bedeutet einen umstürzenden Wendepunkt im Leben Dmitri Pawlowitschs. Er wollte nicht Thronfolger oder Zar werden; es ist ihm das unter den damals obwaltenden Verhältnissen und aus seinem zügellosen Vorleben heraus nicht zu verdenken. Widerwillig ließ er sich nun täglich bei Hofe sehen, da er jetzt über Nacht in den Vordergrund des Interesses gerückt war. Sein Verhältnis zum Zaren aber spitzte sich unter diesen Umständen jäh zu, und zwischen den beiden Vettern tat sich eine Kluft auf: Nikolai II., der misstrauische, leicht empfindliche und nachtragende Charakter, sah sich in seiner väterlichen Liebe zu dem jungen Mann betrogen, und dieser fühlte sich durch das Wesen der Verhältnisse an einem Hofe abgestoßen, dessen Herrscher ein Schwächling, dessen Herrscherin eine asketische Nonne und dessen übrige Glieder Wüstlinge oder Elende waren. In das Reich der Legende ist dagegen wohl das Gerücht zu verweisen, es habe der Plan bestanden, den Großfürsten Dmitri mit einer Tochter des Zaren zu vermählen; Dmitri Pawlowitsch suchte und fand die Liebe in ganz anderen Formen, und der Zar, wenigstens ein vorzüglicher Familienvater, wie alle Herrscher aus dem Romanow-Hause auch vor ihm, wird sich kaum dazu entschlossen haben, das Schicksal einer seiner Töchter an den jungen Prinzen mit der frühen Vergangenheit eines wüsten Lebemanns zu fetten.

Der Krieg wandelte dann die Entfremdung zwischen Zar und Großfürst in ausgesprochenen erbitterten Gegensatz. Dmitri Pawlowitsch machte in diesen Kriegsjahren im Verkehr mit seinem jugendlichen Vetter, dem Fürsten Felix Sumarokow-Elston, eine seltsame Läuterung durch. Der Idealismus Sumarokows, der schwer unter den Umständen am Hofe Nikolais II. litt, begeisterte auch den Großfürsten. Er floh den Hof, an dem Rasputin mit seinem Anhang neuerdings souverän herrschte und dadurch die Autorität des Herrscherhauses untergrub, und betätigte sich als Offizier auf dem Kriegsschauplatz. Soeben durch Verleihung eines hohen Kriegsordens ausgezeichnet, riefen ihn seine Freunde dann plötzlich nach Petersburg zurück. Sie schlugen Alarm: der Hof sei blind für die Zeichen der Zeit und merke es nicht, wie er durch den wachsenden Einfluß des bäuerischen Wüstlings Rasputin die Revolution provoziere. Kühn und leidenschaftlich machte da der Prinz dem Zaren Vorstellungen. Aber Seine Majestät lächelte nur sphinxhaft, und Seine Kaiserliche Hoheit, der Großfürst Dmitri, ward wenige Tage später auf eines seiner feudalgüter im Süden des Reiches verbannt. Aber der Konflikt reifte doch rasch der Katastrophe entgegen. Eigenmächtig, wiederum von seinen Freunden gerufen, die diesmal entschlossen waren, ein Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen, kehrte Dmitri Pawlowitsch noch einmal in die Residenz zurück und nahm dort an der „Hinrichtung“ Rasputins im Februar 1917 teil, den er und sein Anhang für die Wurzel allen Übels hielten. Für alle Fälle wird wohl daran gedacht worden sein, Dmitri Pawlowitsch im Wege einer Palastrevolution zum Zaren auszurufen. Auch die Entente-Diplomatie stand diesen Plänen nicht fern. Aber es war längst zu spät: wenige Wochen nach der neuerlichen Verbannung Dmitri Pawlowitschs machte der schaurige Ernst der großen Volksrevolution allen Plänen ein jähes Ende. Der aus der legalen Thronfolge ausgeschlossene Bruder Michael des gestürzten Zaren von Gottes Gnaden wurde für einen Tag roter Zar von Volkes Gnaden. Dann überstürzten sich die Ereignisse, und im Chaos der wachsenden Anarchie entkam der Kronprätendent Dmitri Pawlowitsch zu seinen englischen Freunden nach Persien, als alles verloren war...

Eine englische Zeitschrift liegt vor mir; ein Bild in Kupfertiefdruck: ein eleganter, hochgewachsener, jugendlicher Reiteroffizier mit vollendet schönen Gesichtszügen in russischer Kakiuniform im Gespräch mit einem englischen Oberst. Der junge Reiteroffizier weist mit merkwürdigem Lächeln mit seiner Reitgerte irgendwohin. Darunter stehen die Worte: „Großfürst Dmitri Pawlowitsch, der russische Kronprätendent, bei unseren Truppen in Persien.“ Wenn einst der junge Fürst, der sich heute in Persien so auffallend wenig um die Politik zu kümmern scheint, wirklich die schwere Zarenkrone tragen sollte, wird wahrscheinlich unerbittliche Härte regieren. Der schon als Knabe herrische Prinz, in dessen Adern langsam und kühl das unverfälschte blaue Blut russischer Selbstherrscher rinnt, dürfte wohl den Idealismus verlernt haben, den ihn Felix Sumarokow einst lehrte. Nimmer aber wird er wohl das Attentat auf dem Senatsplatz am Krenl und nimmer die Schrecken der Revolution vergessen.

*

Nachschrift der Schriftleitung: Wir haben dem vorstehenden Feuilleton-Aufsatz ausnahmsweise Raum gewährt, da er uns wesentlich als Zeitdokument in Bezug auf den russischen Osten erscheint. Auch halten wir ihn für einen Beitrag zur Vorgeschichte der russischen Revolution, der seltsame Einblicke in jene unhaltbaren Verhältnisse am russischen Zarenhofe gewährt, die in der Tat zu einer revolutionären Katastrophe führen mußten.

Lage verfehlt, für ihre hochwertigen Produkte, namentlich Aförder Ochsen, beliebige Preis-Anforderungen zu stellen. Um demgegenüber den Bedarf von Stadt und Hof zu Wien (etwa 20 000 Stück Rindvieh im Jahr) zu mäßigen Preisen sicherzustellen, beschäftigte sich Kaiser Ferdinand II. einige Zeit hindurch mit dem Gedanken eines staatlichen Monopols für den Handel mit ungarischem Vieh. Er kam zwar nachher, wahrscheinlich aus finanztechnischen Gründen, davon ab, führte aber den Gedanken in einer anderen Weise durch, indem er aus dem Kreise seiner vermögendsten Vertrauenspersonen eine Kommanditgesellschaft bildete und mit dem Monopole des Handels mit ungarischem Vieh in den Erblanden und weiterhin in das Römische Reich deutscher Nation ausstattete. Es war damals die Zeit, in welcher nach einer Versicherung des kaiserlichen „Handgrafen“ (Gesells=Direktors) zu Wien die Stadt Wien das ganze „Reich“ mit ungarischem Vieh versorgte. Diese Gesellschaft hieß „Landsverleger-Compagnia“ und ist nicht nur die erste Kriegsversorgungs-Unternehmung, sondern auch die erste österreichische Handelskompagnie gewesen.

Leider liegen sich aber die Verhältnisse nicht günstig für ihre Zwecke an; die ungarischen Viehtreiber, denen sie ihre schönen Gewinne schmälerte, begegneten ihr mit offener Feindschaft und boykottierten den Wiener Viehmarkt („Ochsenagries“) so lange, bis die wegen des Ausbleibens der kaiserlichen Gefälle erschreckten kaiserlichen Finanzbeamten den Kaiser zur Aufhebung der Compagnia veranlaßten. So endete nach zweijährigen Bestände diese Unternehmung, an welche große Hoffnungen geknüpft worden waren. Aber ihr Wirken ist nicht vergeblich gewesen, denn sie hat den spätern erbländischen Handelskompagnien den Weg zum Handel mit dem türkischen Reiche gewiesen, so daß 40 Jahre darauf Wiener Kaufleute kühn bis Konstantinopel zogen und mit Hilfe eigener Orient-Kontore umfangreiche Handelsbeziehungen mit der europäischen und der asiatischen Türkei herstellten. Als Vorläuferin dieser großen Handelskompagnien hat sich die Landsverleger-Compagnia ein bleibendes Verdienst erworben.

Im allgemeinen klingen die Verhältnisse des Dreißigjährigen Krieges in vielen Einzelheiten an heutige Weltkriegs-Verhältnisse an: abgesehen von den bereits hervorgehobenen Preiskämpfen wegen der ungarischen Einfuhr auf dem Wiener Markte sei bemerkt, daß Fettstoffe auch damals eine besondere Preissteigerung erlebten; Anschlitt kostete 15mal so viel wie Fleisch. Auch hören wir von Höchstpreisen für Rindfleisch, Häute, Schuhe, Getreide. Zahlreiche Verschwägungen schädigten den Handel der Landsverleger-Compagnia, welche alles in allem nach moderner Ausdrucksweise als eine österreichische Kriegszentrale für den Handel mit ungarischem Vieh zu betrachten ist.

Eine besondere Günstigkeit der Umstände hat uns über diese Gesellschaft in den Wiener Archiven eine große Anzahl von Akten erhalten, so daß wir nicht nur die Namen der geschichtlich nachweisbaren Einleger und ihre Lebensläufe, sondern auch die Bilanzen der in zwei Abteilungen, ein Häute- und ein Viehgeschäft, gespaltenen Unternehmung kennen, ja sogar die amtliche Zensurierung dieser Bilanzen.

Die Stadt Wien hat sich ein Verdienst um die Wirtschaftsgeschichte des 17. Jahrhunderts erworben, indem sie über diese bisher noch dunklen Verhältnisse eine Monographie herausgab, die den durch wiederholte wirtschaftsgeschichtliche Arbeiten (Geschichte des Maria-Theresien-Thalers usw.) bekannten österreichisch-ungarischen Generalkonsul Carl v. Pez zum Verfasser hat und 1918 bei Gerlach & Wiedling in Wien erschienen ist. Paul Dehn.

Ukraine. Der ukrainische Ministerrat hat ein vom Hetman Skoropadski sanktioniertes Gesetz angenommen und rechtskräftig gestaltet, das die Einsetzung eines ukrainischen Regentensrates für den Fall vorsieht, daß der Hetman stirbt, schwer erkrankt oder sich außer Landes begibt. Der Regentensrat ist so gedacht, daß die oberste Leitung des Staates bis zur Genesung oder Rückkehr oder bis zur Regierungs-Übernahme durch einen neuen Hetman auf einen aus drei Personen gebildeten Regentensrat übergeht. Der Vorsitzende des Regentensrates wird durch den Hetman ernannt, das erste Mitglied vom Senat und das zweite im Wege der Wahl vom Ministerrat. Mit der Annahme dieses Gesetzes ist eine gewisse Konsolidierung der gegenwärtigen ukrainischen Staatsform erreicht worden. Ein eventuelles Provisorium wird als solches durch das Gesetz legitimiert und sichert dem Hetmanat eine Regierungsform, die in einem bestimmten Rahmen beharrt.

In der letzten Zeit ist viel ukrainischer Zucker nach Deutschland gelangt. Trotz der großen Verkehrsschwierigkeiten, die ja auch neben anderen Gründen dazu geführt haben, daß die ukrainische Getreideaufuhr nach den Mittelmächten noch immer nicht organisiert und verwirklicht werden konnte, ist es jüngst gelungen, 100 000 Zentner Zucker, also immerhin ein stattliches Quantum, nach Deutschland einzuführen. Freilich ist dieser Zucker sehr teuer; der Preis beträgt 3 Mark für das Pfund; er geht somit wohl noch über die vom Zuckerhandel erwarteten Preise weit hinaus und entspricht etwa den Wucherpreisen, die wir gelegentlich im Schleichhandel zu zahlen gezwungen sind. Dieser hohe Preis ist auf die schwierigen ukrainischen Verhältnisse zurückzuführen, die in dem ukrainischen revolutionierten Staatswesen den fremden Käufer zu ungewöhnlichen Preissteigerungen zwingen. Es wird wohl nicht möglich sein, diesen teuren und im Verhältnis zur deutschen Bevölkerungsmasse doch nur ein geringes Quantum repräsentierenden ukrainischen Zucker der Bevölkerung auf dem Wege der Rationierung zuzuführen. Als Kurzsartikel, der der Zucker heute ja ist, wird der Zucker nur bestimmten Zwecken und

bestimmten Gebieten erreichbar sein. — Es verlohnt sich übrigens, aus diesem Anlasse etwas über die ukrainische Zucker-Industrie zu sagen. Sie ist in der Ukraine nächst dem Getreidebau das wichtigste Erzeugnis des Landes. Nach einer deutschen Statistik betrug sie vor dem Kriege 88 Proz. der Zucker-Industrie Gesamtungslands. Hierzu ist zu bemerken, daß 1914/15 in Gesamtungsland bei einer Ernte von 785 Millionen Pud Zuckerrüben in 265 Zuckerrüben 108 Millionen Pud Zucker erzeugt wurden. Davon verbrauchte Rußland selbst 95 Millionen Pud. Von den einzelnen ukrainischen Gebieten lieferten in diesem Jahre an Zucker in Pud: Kiew 37, Podolien 21, Charkow 16, Poltawa 7, Tschernigow 6 und Cherson 2,5 Millionen Pud. Unter der Revolutionszeit hat die ukrainische Zucker-Industrie selbstverständlich überaus schwer gelitten und hat anscheinend um 75 Proz. weniger produziert als im Laufe der genannten Zucker-Kampagne 1914/15.

h. A. D.

Krim. Nach einer Meldung Berliner Blätter ist in der Krim, in Simferopol, eine Hochschule gegründet worden. Die neue Universität hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen.

Wir erwähnten schon in unserer vorigen Nummer in dem Artikel „Die militärpolitische Lage im Osten“, daß sich in der Krim aus Vertretern der dortigen russischen, tatarischen, deutschen und griechischen Bevölkerung in naher Anlehnung an die deutschen Militärbehörden eine neue arbeitsfähige Regierung konstituiert hat. An der Spitze dieser Regierung steht Graf Tatitschew, der frühere Direktor der Moskauer Unionbank. Der taurische Ministerpräsident hat nun ein Manifest an die Bevölkerung erlassen, das folgende Hauptpunkte enthält: es kündigt die vollständige Wiederherstellung des seinerzeit von den Marinalisten aufgehobenen Privatbesitzes an; insbesondere werden demgemäß die sämtlichen deutschen Kolonisten in ihren früheren Besitz wieder eingesetzt werden. Zu diesem Zwecke erhalten sie außerdem eine sechsprozentige staatliche Anleihe auf fünf Jahre. Auf übereinstimmenden Wunsch der Bevölkerung der Krim wurde das Großrussische naheliegenderweise als Amtssprache in der Krim erklärt. Ministerpräsident Graf Tatitschew hat sich Mitte August längere Zeit in Berlin aufgehalten, und zwar an der Spitze einer Sondergesandtschaft, um mit Berlin in Verhandlungen zu treten, die mittlerweile wohl abgeschlossen sein durften. Jura Trubow.

Polen. Nachdem die Truppenbildung im Königreich Polen an der Seite der Mittelmächte nicht nur versagt hat, sondern, wie der Kijiver Dobry-Prozess erwies, sogar zu recht unangenehmen Tatsachen führte, erweist es sich, daß die polnischen Truppenbildungen in den Ländern der Entente sehr viel rascher und vorteilhafter in die Wege geleitet und vollendet worden sind. In Frankreich sind etwa 4000 Mann angeworben worden, die bereits gegen uns in Kampfe stehen. Besonders eifrig wird die Rekrutierungspropaganda natürlich in Amerika betrieben. Es haben sich zurzeit nicht mehr als 125 Mann freiwillig gemeldet; aber die Entente versteht es, für ihre Interessen zu wirken, und so ist es eben zu erwarten, daß die Mannschaften der projektierten polnischen Legion im Wege des Zwanges ausgehoben und auf den westeuropäischen Kriegsschauplatz geschickt werden. Ein anderes amerikanisches Kontingent polnischer Truppen, das sich schon vor dem Kriege konstituierte, war auch für den Kampf in Frankreich vorgesehen, nunmehr aber soll es auf Wunsch des Diktators Paderewski, der ja so lebhaft für die Entente eintritt, nach Ostrußland überführt werden, um dort die Kadres der jüngst von der Entente als hindesgenössisches Heer anerkannten tschechoslowatischen Bänden aufzufüllen. Die Neugestaltung der Dinge im Königreich Polen wird dieser ententisch-polnischen Heerbildung hoffentlich bald insofern entgegenzutreten, als sich nun endlich auch in Polen eine polnische Nationalarmee konstituieren wird, die nicht unweit politisiert und intrigiert.

Zum Jahrestag der Einnahme Warschaws vor drei Jahren am 5. August 1915 schreibt das polnische Staatsblatt, der „Monitor Polski“: „Die weiteren Vorfälle nach dem 5. August 1915 haben bewiesen, welche eine Wohlthat die Befreiung von den Einflüssen sowohl des zarischen, als auch des revolutionären Auslands für Polen geworden ist. Das zarische Rußland hat gegen die Unabhängigkeitserklärung Polens vom 5. November 1916 protestiert, das republikanische Rußland will nur ein unabhängiges Polen anerkennen, in dem Arbeiter- und Soldatenräte, Volkskommissare und Terrorismus herrschen. Unsere Kultur wäre dann von derselben Dämmerung bedroht, deren schwerer Schatten das Leben des russischen Volkes umhüllt. Wir sind seit Jahrhunderten mit der Kultur und Zivilisation des Westens vereint und sind vor den zersetzenden Einflüssen des Ostens jetzt gesichert. In politischer wie in kultureller Hinsicht war der 5. August 1915 daher der allerglücklichste Tag in Polens Geschichte, sowohl für die Gegenwart, als auch für die Zukunft.“

Recht anscheinlich und in kultureller Hinsicht bedeutsam erscheint uns das Budget des jungen polnischen Unterrichts-Ministeriums: es beträgt bereits 54 Millionen Mark. Davon entfielen über 60 Proz., d. h. 33 Millionen Mark, auf allgemeine Volksbildungszwecke. Den Gemeindeschulen zahlt der Staat eine Unterstützungssumme von 15 Millionen Mark und allein die deutschen Schulen in Polen erhalten von der national-polnischen Regierung einen Jahreszuschuß von 500 000 Mark. Für den Bau von Schulgebäuden wurde eine halbe Million Mark verausgabt, für die Gründung von Schul- und Lehrer-Bibliotheken eine ganze Million. Damit ist eine Saat gesät worden, die hoffentlich in Zukunft dankbare Frucht tragen wird.

Die polnisch-katholische geistliche Akademie in Petersburg, die bis zum Ausbruch des Krieges fast die gesamte polnische Geistlichkeit erzogen und herangebildet hat, soll, den völlig angewandelten Verhältnissen entsprechend, demnächst nach Polen überführt werden. Das wäre selbstverständlich eine ganz natürliche Folge der Entrennung Polens von Rußland. Wie wir hören, sind Verhandlungen im Gange, die ehemalige Petersburger Akademie in eine konfessionelle Universität umzuwandeln. Sitz der neuen Hochschule wird voraussichtlich Lublin werden. R. Elves.

Sinnland. Der Süden Finnlands hat eine ganze Reihe von Befestigungen aufzuweisen, die während des Krieges von den Russen hier im Lande angelegt wurden. Nach einem Dekret der finnländischen Regierung dürfen diese Befestigungen nun sämtlich geschleift werden. Diese Verordnung geht vom finnländischen Zentral-Komitee für Kriegsbeute aus; das in die Befestigungen hineingebaute Material fällt dem Staate zu, die Schleifungsarbeiten leistet der Großgrundbesitz, auf dessen Territorium die Befestigungen sich befinden. Ausgenommen hiervon sind allein die Befestigungen um Helsingfors und Wiborg; beide Orte bleiben Festungen.

Vereinsnachrichten.

Berlin. Der 99. Osteuropäische Empfangsabend der verbündeten Osteuropäischen und Morgenländischen Vereine, der am 28. August im Ebenholzsaal des „Rheingold“ stattfand, war ausgezeichnet besucht. Zahlreich war die baltische Kolonie vertreten.

Den Vorsitz hatte Herr Dr. Falk Schupp vom Dubvid übernommen. Leider mußte der angekündigte Vortrag über die baltische Literatur, den Hl. Seesemann (Riga) angekündigt hatte, wegen Darm-erkrankung ausfallen. Den Vortrag der Dichtungen hatte Hl. Lisa Winkler übernommen. Zur Einleitung gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über die Dichterpersönlichkeiten, aus deren Werken ausgewählte Stücke zu Gehör kamen.

Zunächst wuchtige Kriegslieder eines deutschen Feldgrauen Dichters, des Hauptmann Eisswald, der an der baltischen Ostfront mitgekämpft. Eisswalds Verse sind durchglüht von einem hinreißenden Vaterlandsgefühl.

Dann kamen die Balten selbst zu Wort: zunächst Christoph Mickwitz mit kontrastreichen lyrischen Versen, Baron Kaiserlingk, E. v. Kugelgen, Efriede Skalberg, Bruno Goeh, Siegfried v. Degeßack mit Dichtungen, welche alle Register der lyrischen Kunst in eigenartigen Persönlichkeitsworten anzuziehen verstanden. Sehr gut gefielen die farbenprächtigen Schilderungen G. Spechts und die von kranker Tragik eines Dichterschieds erfüllten Sirophen des im Felde stehenden kurländischen Dichters Graf Paul Kasperlingk.

Den Abschluß bildete Herr Krüger mit scharf zugespitzten humo-

rischen-spöttischen Versen, die zeigen, daß auch der Dichterhumor im Baltenslande seine vollwertigen Vertreter hat. Reicher Beifall lohnte die Vortragenden für ihre, besonders in der Wiedergabe der spinwebartig feinen Empfindungslyrik anmutigen Vortragsweise.

Herr Kreibitz, der bekannte Schöpfer der graphischen Hindenburg-Spende an das Heer, trug eine Hymne an den Kaiser vor. Die feurige Begeisterung dieses würdevollen Charakterkopfes im Schmuck seiner weißen Haare riß die Versammelten mit fort — ein spontanes Kaiserhoch folgte.

Aus den geschäftlichen Mitteilungen, die der Herr Vorsitzende machte, ist besonders hervorzuheben der Dank der verbündeten Vereine an den wegen Uebernahme anderweitiger Arbeiten ausscheidenden Vorsitzenden des „Dubvid“, Herrn Otto Sprenger. Die Vorstandschaft des „Dubvid“ ist ihrem vom Ehrenamt zurücktretenden Vorsitzenden zu besonderem Dank verpflichtet für die Durchführung der großen, kulturpolitisch bedeutsamen Veranstaltungen, welche der Verein im letzten Vereinsjahr zu verzeichnen hatte, wie die proukrainische Kundgebung im Abgeordnetenhaus, das ukrainische Fest im „Esplanade“, die deutsch-bulgarische Feierlichkeit im Zoosaal anlässlich der Uebergabe der Bibliothekstiftung an die Akademie der Wissenschaften in Sofia.

Fernerhin wurde ihm und dem gleichzeitig von der Mitherausgeber-schaft der Osteuropäischen Zukunft zurücktretenden Herrn Reichstags-abgeordneten Dr. Thoma der Dank des Vereins für ihre diesbezüglichen Leistungen ausgesprochen. Otto Kessler.

Bücherbesprechungen.

R. Benade, Preußen oder Polen. Berlin 1918; Verlag „Politik“. Der Verfasser, ein bekannter Tageschriftsteller, der sich ohne Grund hinter einem Decknamen verbirgt, geht von der unbestreitbaren Tatsache aus, daß Deutschland militärisch besser gesicherter Grenzen bedarf und nicht nur nicht saturiert ist, sondern viel Siedlungsland, das es im Westen in wünschenswertem Umfange nicht erhalten kann, im Osten braucht, wo es zudem „die Entziehung einer uns gefährlichen Großmacht um jeden Preis verhindern muß“. Mit schnellem Schritt geht er die Geschichte der Polen der drei Anteile durch; der preussischen, die „mit ihrem Schicksal auszuöhnen“ die Krone Preußen sich redlich, aber vergeblich bemüht, die, wirtschaftlich in schnellem Aufstiege begriffen, sich einen Staat in preussischen Staaten schaffen und ihre Konfession virtuos als Waffe im Nationalitätenkämpfe verwenden; der österreichischen, die, seit 1867 die Herren des „ungeheilten“ Galiziens, in Oesterreichs Innenpolitik die maßgebende Rolle spielen, diesen Einfluß zu Expansionszwecken benutzen, sich als die treuesten Stützen des Hauses Habsburg, wenn es ihnen zu Willen ist, gebärden, in Wirklichkeit aber stets nur „Kaisertreu auf Kündigung“ waren und heute die Loslösung Galiziens von Kaiserstaate offen fordern; der russischen, die, allen ihren Leiden unter der Herrschaft der Krone zum Trotz, als Slawen, als Panlawisten und als Feinde alles Deutschen, ein Teil, so die Großindustriellen, um wirtschaftlicher Interessen willen, nach der großrussischen Seite gravitieren, eine alle ehemals polnischen Lande umfassende Großmacht zu gründen gedenken, zunächst aber den Mittelmächten gegenüber sich so stellen, als ob Neu-Polen für sie als Pufferstaat ein brauchbares und zuverlässiges Bollwerk gegen Osten sein werde, was Altpolen in der Vergangenheit, durch Generationen der franke Mann Europas, niemals mit Erfolg gewesen ist. Benade, der die Gefährlichkeit der polnischenseits erstrebten austropolnischen Lösung überzeugend darlegt, stellt als unser Kriegsziel im Osten, wo die Zukunft unseres Volkes liege, die Sicherung von viel Neuland, insbesondere die Angliederung desjenigen Teils von Kongresspolen hin, der 1793—1807 als Provinz Südpreußen zu Preußen gehört hat, ferner die Ausräumung der dort wohnenden Polen, mindestens aber „die Entziehung der riesigen (?) Latifundien des durchweg (?) russisch geminteten polnischen Feudaladels“ und schließlich auch die Ansiedlung der „zahllosen

Deutschen, die nach dem Kriege aus aller Herren Länder, namentlich aber aus Rußland, abgeschoben werden“. Als er 1917 das Weichselgebiet aus eigener Anschauung kennen lernte und dort recht viel Unerfreuliches, wozu er heute besser noch nicht gesprochen wird, wahrnahm, wurde er in seiner bei eindringendem Studium der ihm zugänglichen Literatur gewonnenen ursprünglichen Ansicht nur noch bestärkt: Ein Königreich Polen darf auf keinen Fall entstehen; die Proklamierung des selbständigen Königreichs am 5. November 1916, deren Genesis kurz und treffend geschildert wird, ist „für alle Zeiten ein Symbol politischen Irrwahns“; das Zugeständnis in der Erklärung der Mittelmächte vom 12. September 1917 ist unverständlich und zwecklos. Er nimmt an, was ich nicht annehme, daß eine überwiegend mit Deutschen besiedelte Grenzprovinz Südpreußen, „nicht nur militärisch, sondern auch völkisch ein Bollwerk, die polnische Gefahr, die Gefahr des von Warschau aus dauernd in unsere östlichen Provinzen getragenen Unfriedens, wesentlich verkleinern würde“. Als ob nicht unsere mit Polen durchsetzte, neuerdings wieder polnischer werdende Westmark selbst wenn durch ein deutsches Südpreußen von Galizien abgeschmürt, mit den Galiziern und mit Krakau, dem Hauptherde der polnischen Agitation, wie bisher, so auch später, in dauerndem Verkehr stehen wird und aus sich heraus den Unfrieden wackerhalten kann, der heute alle Schichten des ostmärkischen Poleniums in dauernder Gärung erhält! — Auch wer dafür ist, daß es bei dem selbständigen Neu-Polen, möglichst in den Grenzen der neuen Weichselgouvernements, bleibt, und überzeugt ist, daß die Mittelmächte nicht die Absicht haben, daran erhebliche Änderungen vorzunehmen, sollte doch nicht unterlassen, zu der stilistisch wohl gelungenen, durch die Frische der Darstellung fesselnden und inhaltsreichen Schrift zu greifen; er wird viel daraus lernen und neue Gesichtspunkte für die Beurteilung des so schwierigen, zur Lösung drängenden polnischen Problems gewinnen. Oder sollte und kann gerade dieses ungelöst bleiben, wo nach den Intentionen des Deutschen Kaisers die deutschen Siege den nach Freiheit ringenden kleineren Völkern zu ihrem nationalen Erbe und zur Sprengung ihrer Fesseln verhelfen sollen? Prof. Kranz, Stglitz.